

Konferenz der Quartiersmanager/innen

Soziale Integration junger Migranten, Aussiedler und ihrer Familien in E&C Gebieten

Dokumentation zur Veranstaltung
vom 26. - 27. September 2001 in Berlin

Stiftung SPI

Im Auftrag des:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Impressum

Herausgeber:
Regiestelle E&C der Stiftung SPI
Sozialpädagogisches Institut Berlin „Walter May“
Narzarethkirchstraße 51
13347 Berlin
Telefon 030 – 457 986-0
Fax: 030 – 457 986-50
Internet: <http://www.eundc.de>

Ansprechpartnerin:
Sandra Scheeres

Layout:
MonteVideo Mediadesign

Redaktion:
Lisa Kuppler (Wels Productions),
Sandra Scheeres

Inhalt:

- Sandra Scheeres
- 4 **Vorwort**
- Prof. Dr. Dieter Filsinger,
Katholische Hochschule für Soziale Arbeit
- 5 **Soziale Integration junger Migrant/innen, Aussiedler/innen und ihrer Familien in E&C-Gebieten**
- Alexander Reiser,
Quartiersagentur Marzahn NordWest
- 13 **Strategien in der Arbeit des Quartiersmanagements Marzahn NordWest im Arbeitsbereich „Integration der Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion“**
- Dr. Hilka Ehlert, urban consult gGmbH
- 18 **Die „Kommunikationsstätte für jugendliche Aussiedler/innen – Möglichkeiten der Integration von Aussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion**
- Peter Grünheid, Markus Kissling, SPACEWALK,
- 21 **Stadtteilmanagement Wolfsburg-Westhagen – Ein Stadtteil entwirft sich neu: Das Projekt „Weihnachten in Westhagen“**
- 25 **Workshopergebnisse:**
1. Migrantenintegration und Vorbehalte benachteiligter Deutscher
 2. Integration in Ostdeutschland
 3. Erfahrungen mit Integrationsansätze außerhalb von Institutionen
 4. Welche Angebote kann man den von Einrichtungen der Jugendhilfe nicht erreichen Jugendlichen machen?
 5. Offene Jugendarbeit mit jugendlichen Aussiedlern
 6. Wie ist der Zugang zu Spätaussiedlern und Migranten zu erreichen?
 7. Stigmatisierung als sozialer Brennpunkt versus positive Identität eines Stadtteils
 8. Förderung der Herkunftskulturen – Ja oder Nein?
 9. Sprachförderung
 10. Spezielle Anforderungen an Wohnen und Wohnumfeld
 11. Definition von Sozialräumen
 12. „Lernbörse“ für Jugendliche ab 14
 13. Stellung der Quartiersmanager/innen
 14. Strategien zur Beteiligung von Bewohner/innen
- 35 **Autor/innen**
- 36 **Programm der Konferenz**
- 38 **Teilnehmer/innen**

Vorwort

Am 26. und 27. September 2001 fand die dritte Zielgruppenkonferenz der Quartiersmanager/innen unter Beteiligung von 65 Teilnehmer/innen in der „Alten Pumpe“ in Berlin statt. Die Veranstaltung stand unter dem Thema „Soziale Integration junger Migranten, Aussiedler und ihrer Familien in E&C Gebieten.“

Die Gruppe der ausländischen Kinder und Jugendlichen wird in Zukunft einen wachsenden Anteil unserer Gesellschaft ausmachen. Junge Menschen mit Migrationshintergrund starten in der Regel mit schlechten Chancen in die berufliche und gesellschaftliche Integration. Ihre Möglichkeiten, praktische gesellschaftliche Einbindung und Partizipation schon in der Kinder- und Jugendphase zu erleben, sind stark eingeschränkt. Die zum Teil kleinräumige Verteilung der ausländischen Wohnbevölkerung zeigt eine Konzentration auf bestimmte Stadtteile. Die damit verbundene Herausbildung ethnischer Communities hat nachhaltige Auswirkungen auf die Lebensbedingungen und soziale Integration der in den Quartieren aufwachsenden Kinder, Jugendlichen und ihrer Familien. Ein Aufgabengebiet des Quartiersmanagements ist die Förderung der sozialen Einbindung junger Migranten, Aussiedler und ihrer Familien im Quartier und ihre Beteiligung an der Gestaltung des Wohnumfelds.

Aus diesem Grund lag die Zielsetzung der Veranstaltung im ersten Teil auf einer inhaltlichen Einführung und im zweiten Teil auf dem Erfahrungsaustausch der Quartiersmanager/innen über die Lebenslagen der genannten Bevölkerungsgruppen.

Mit der Open Space-Methode, die Raum für Selbstorganisation und Kreativität bot, konnten die Teilnehmer/innen als Experten/innen ihr Wissen und ihre Erfahrungen zusammentragen, theoretische Konzepte diskutieren und eigene Lösungsansätze entwickeln. Eigene Themen, Fragen und Ideen wurden eingebracht und bearbeitet.

Das Eingangsreferat von Prof. Dieter Filsinger (Katholische Hochschule für soziale Arbeit/Saarbrücken) diente als inhaltliche Grundlage und verdeutlichte insbesondere den Zusammenhang zwischen systemischer und sozialer Integration in Bezug auf die Lebenslagen junger Migranten und Aussiedler.

Prof. Filsinger stellte einen Katalog von Integrationskriterien vor und analysierte anhand von Praxisbeispiele die Bedeutung des Spracherwerbs als eine Grundlage der Schul- und Berufsbildung, die Bedeutung des Sozialraumbezugs und das Instrument der Sozialraumanalyse als Basis der Arbeit mit sozialen Gruppen.

Abschließend ging er auf die Rolle der Quartiersmanager/innen ein und umriss ihr Aufgabenfeld im Hinblick auf die Arbeit mit Migranten und Aussiedlern.

Nach angeregter Diskussion wurde den Teilnehmer/innen die Open Space-Methode vorgestellt. Themen der Arbeitsgruppen am zweiten Tag waren u.a. „Offene Jugendarbeit mit jugendlichen Aussiedlern“, „Förderung der Herkunftskulturen – Ja oder Nein?“, „Definition von Sozialräumen“ und „Strategien zur Beteiligung von Bewohner/innen.“

In den Arbeitsgruppen wurden zwei konkrete Quartiersmanagementkonzepte zur Arbeit mit Aussiedlern und Migranten vorgestellt:

Das Quartiersmanagement Marzahn-Nordwest, vertreten durch Alexander Reiser, diskutierte Strategien in der Arbeit des Quartiersmanagements im Arbeitsbereich „Intergration der Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion.“ Dr. Hilka Ehlert, Leiterin der urban consult gGmbH, einer Kommunikationsstätte für junge Aussiedler, die mit dem Quartiersmanagement Marzahn Nordwest eng zusammenarbeitet, ging ausführlich auf „Möglichkeiten der Integration von Aussiedlern“ im Rahmen der Arbeit durch die Einrichtung ein.

Das zweite Quartiersmanagementkonzept Space Walk, formuliert von Peter Grünheid und Markus Kissling, wurde von Cornelia Neumann und Peter Grünheid vorgestellt. In ihrer Präsentation „Ich bin Westhagener, und das ist gut so: Was heißt Integration in einem Stadtteil mit 56 Nationalitäten?“ lag der Schwerpunkt auf der Arbeit mit jungen Migranten und ihren Familien in Wolfsburg. Hierbei stand die Methode, ein gemeinsames, kulturelles Projekt – „Weihnachten in Westhagen“ – als Quelle und Motor im Rahmen von Integrationsarbeit zu nutzen, im Mittelpunkt.

Die Regiestelle E&C möchte mit dieser Dokumentation zum Erfahrungsaustausch beitragen und anregen und hofft auf vielfältige kreative Beispiele gelungener Integrationsarbeit im Rahmen des Quartiersmanagements.

Soziale Integration junger Migrant/innen, Aussiedler/-innen und ihrer Familien in E&C-Gebieten

1.

Wenn wir von der Integration von Migrant/innen sprechen, dann geht es im Kern um die Einbeziehung der Zugewanderten und ihrer Kinder in die „gesellschaftliche Gemeinschaft“ (PARSONS 1972), oder – wie es Hoffmann-Nowotny (1973, S. 171ff.) formuliert –, um die „Partizipation an der Gesellschaft“. In der sozialwissenschaftlichen Diskussion hat sich mittlerweile die Unterscheidung zwischen systemischer und sozialer, d.h. lebensweltlicher Integration eingebürgert (vgl. etwa HEITMEYER 1997).

Systemische Integration meint die Teilhabe und Teilnahme an den Funktionssystemen der Gesellschaft wie Recht, Bildung, Arbeits- und Wohnungsmarkt, Politik/Wahlen, soziale Sicherung. Neben der rechtlichen Gleichstellung, die die Teilnahme an Wahlen ermöglicht bzw. Chancen der politischen Selbstorganisation eröffnet, kommt der *Integration in Erwerbsarbeit* eine zentrale Bedeutung zu. Sie ist nämlich die Bedingung der Möglichkeit einer selbständigen Lebensführung, für eine „individuelle Integration“ (HÄUSSERMANN u. OSWALD 1996), die in modernen Gesellschaften gefragt ist.

Soziale Integration erfolgt über lebensweltliche Vergemeinschaftung durch Gruppenzugehörigkeiten (etwa durch soziale Milieus, Peers, ethnische Gemeinschaften), durch (intere ethnische) soziale Kontakte und *soziale Anerkennung* (vgl. Honneth 1994a), was sowohl Chancen zur kulturellen Entfaltung als auch die Teilhabe und Teilnahme an Verständigungsprozessen notwendigerweise einschließt. Soziale Integration ist letztlich eine Leistung der Gesellschaftsmitglieder – gleich welcher Herkunft: Durch ihre Handlungen wird das Soziale nämlich erst konstituiert. Ohne diese freiwillige Anstrengungen ist *sozialer Zusammenhalt* nicht zu haben. Die Politik kann den Umgang zwischen Zugewanderten und Einheimischen nicht vorschreiben. Sie kann aber in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren Bedingungen schaffen, unter denen die Selbstregulierung der Gesellschaft stimuliert wird und Verteilungs- und Anerkennungskonflikte in demokratischer Weise ausgetragen werden können (vgl. FILSINGER 2000a).

Obwohl es keinen Anspruch auf staatliche Unterstützung und Förderung der Herkunftskultur gibt, muss die Pflege der eigenen Kultur doch möglich sein. Die dauerhafte Anwesenheit von Zugewanderten wird notwendigerweise zu einem Einbau von Elementen der Herkunftskultur in die hiesige (Kern-)Kultur (vgl. ESSER 1998) führen müssen – etwa in die Curricula der Schule (vgl. BRUMLIK 1999), was die Bereitschaft zum kulturellen Umbau voraussetzt. Überhaupt muss im Bildungssystem einer faktisch sozial und sprachlich-kulturell immer stärker ausdifferenzierten, pluralen Lage Rechnung getragen werden. Auf beiden Seiten – sowohl auf der Seite der Zugewanderten bzw. der hier aufgewachsenen Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (Allochthone), als auch auf der Seite der alteingesessenen Bevölkerung (Autochthone) – ist folglich eine Bereitschaft zur *wechselseitigen Akkulturation* notwendig. Für die allochthone Bevölkerung ist eine *selbstaktive Aneignung* der (modernen) Kernkultur der Gesellschaft im eigenen Interesse ratsam.

Zwischen systemischer und sozialer Integration besteht ein Zusammenhang, wie man etwa an der Erwerbsarbeit gut studieren kann. Ein produktiver Umgang mit (kultureller) Differenz, der in Anlehnung an den Soziologen Georg Simmel, auch bzw. gerade in den „urbanen Tugenden der resignierten Toleranz und Gleichgültigkeit“ besteht (HÄUSSERMANN u. SIEBEL 1997), ist nur zu erwarten, wenn jedem Gesellschaftsmitglied eine ökonomisch gesicherte Existenz (in der Regel über den Zugang zu Erwerbsarbeit und/oder durch sozialstaatliche Absicherung), Chancen zur selbständigen Lebensführung und kulturellen Entfaltung – also Lebenschancen im komplexen Sinne –, und „eine fraglos gesellschaftlich nützliche Rolle, d.h. einen Platz im Leben“ zugewiesen wird (SIEBEL 1997, S. 35) Dem Zugang zu Erwerbsarbeit kommt insofern eine herausragende Bedeutung zu, als sie gegenwärtig und auf unabsehbare Zeit das zentrale Anerkennungsmedium darstellt (vgl. HONNETH 1994b). Im Prozess der Integration kommt der Bildung eine zentrale Rolle zu. Bildung ist nicht nur Kapital auf den Arbeitsmärkten, sondern beeinflusst auch andere Aspekte der Lebenslage (z.B. gesundheitliche Situation, soziale Teilhabe und Teilnahme) und ist zentral für die Möglichkeiten der Lebensbewältigung. Es ist besonders wichtig, dass es allen jungen Männern und Frauen gleich welcher Herkunft ermöglicht wird, eine eigenständige und selbständige Lebensführung und Existenzsicherung zu erlangen, die ihnen familiäre und berufliche Entscheidungen ermöglicht. Dabei geht es in erster Linie um personale Selbständigkeit im Prozess der Integration in den Arbeitsmarkt. Notwendig ist, gerade den Benachteiligten eine individualisier-

rende Bildung zu ermöglichen.

2.

Eine differenzierte Situationsanalyse ist im Rahmen dieses Beitrags nicht möglich (für einen ersten Überblick vgl. HAMBURGER 1999a; ausführlicher: MÜNZ, SEIFER u. ULRICH 1997; BADE u. MÜNZ 2000; speziell zu Aussiedler/innen: vgl. MUMMEY u. SCHEINER 1998; BADE u. OLTMER 1999). Deshalb belasse ich es bei einigen Kernpunkten. Bis in die neunziger Jahre kann von einer zunehmenden (systemischen/strukturellen) Integration – insbesondere der zweiten und dritten Migrantengeneration – im Sinne der Teilhabe an Bildung und Erwerbsarbeit gesprochen werden. Den „Migrationsgewinnern“, denen es gelingt, höhere Bildungsabschlüsse und damit mittlere und höhere Berufspositionen zu erreichen, steht jedoch ein beträchtlicher Anteil von „Migrations- bzw. Modernisierungsverlierern“ gegenüber. Die „absolute Bildungsarmut“ (ALLMENDINGER 1999)* unter jungen Migrant/innen beträgt über 22%, d.h. fast jede/r vierte Jugendliche ausländischer Herkunft bleibt ohne Schulabschluss (zum Vergleich: 8% der deutschen Jugendlichen, vgl. auch JESCHECK 1994). Die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung erstellte Bestandsaufnahme („Jugendliche ohne Berufsausbildung“, vgl. BMBF 1999) berichtet, dass 32,7% der jungen Migrant/innen ohne Berufsausbildung sind (8,1% der deutschen Jugendlichen). 83,3% der jungen Migrant/innen (deutsche Jugendliche: 28,2%) ohne Schulabschluss beenden keine Berufsausbildung, bleiben also „berufslos“. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin konnte jüngst zeigen, dass sich die Integration junger Ausländer in das Bildungssystem „verlangsamt“ (vgl. JESCHECK 1998). Migrant/innen sind in der Armutsbevölkerung überproportional vertreten (vgl. HANESCH 1994; SEIFERT 1995; HAMBURGER 1996; HAUSER 1997).

(Junge) Aussiedler/innen gehören zu den Migrant/innen, auch wenn sie die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Besonderer Aufmerksamkeit bedürfen diejenigen jungen Aussiedler/innen, die Anfang der neunziger Jahre nach Deutschland gekommen sind. Empirische Befunde sprechen dafür, dass für einen nicht unbeträchtlichen Teil der Jugendlichen die Gefahr besteht, dass sie den Anschluss an eine adäquate schulische Ausbildung und berufliche Integration verpassen und ins gesellschaftliche Abseits geraten (vgl. DIETZ u. ROLL 1998; DIETZ u. HOLZAPFEL 1999; MEISTER 1999). Die schulische und berufliche Integration der jungen Aussiedler vollzieht sich häufig unterhalb der mitgebrachten Kompetenzen, und es meh-

ren sich Hinweise auf ihre soziale Isolation und den Rückzug in die eigene Gruppe (vgl. DIETZ u. ROLL 1998, S. 144). Ein zentraler Risikofaktor ist die schlechte Beherrschung der deutschen Sprache. Ausgrenzungs- und Fremdheitserfahrungen sind Folgen des Sprachdefizits. Zwar betrachten sich die Jugendlichen als Deutsche, sie werden aber als Fremde und Mitglieder einer (ethnischen) Zuwanderungsminderheit wahrgenommen. Das Anerkennungsdefizit wird durch eine Abschottung der Aussiedlergruppe und die Herausbildung von räumlichen Aussiedlerklaven verstärkt (ebd., S. 146). Als weitere Risikofaktoren sind materielle Probleme (verstärkte Sozialhilfeabhängigkeit) und die Wohnbedingungen zu nennen.

Für das hier in Rede stehende Thema der sozialen Integration ist ein Blick auf die *städtische bzw. sozialräumliche Integration* von Interesse. Will man hierzu Aussagen machen, sind regionale Gegebenheiten zu berücksichtigen. DANGSCHAT (1995) bemerkt insgesamt eine wachsende sozialräumliche und soziokulturelle Polarisierung im Zusammenhang mit einer sozioökonomischen Polarisierung. Die Konzentration von Migranten in bestimmten Stadtteilen bzw. Quartieren ist empirischer Fakt – für Aussiedlerfamilien gilt ein ähnlicher Befund –, ebenso der Sachverhalt, dass es häufig zu weiterer Entmischung durch den Wegzug der alteingesessenen autochthonen Bevölkerung kommt. In Kindergärten und Schulen bilden junge Migrant/innen zuweilen bereits die Mehrheit; ihr Anteil dürfte aufgrund der demographischen Entwicklung weiter steigen. Die damit zusammenhängenden Probleme sind nicht von der Hand zu weisen und verlangen stadt- und bildungspolitische Entscheidungen. Dramatisierungen mögen in bestimmten Fällen vielleicht begründet sein, doch vorrangig erscheint eine nüchterne Analyse der Verhältnisse, auch auf Prozesse der Segregation und des community-building erforderlich (vgl. LEGGEWIE 2000). So viel steht aber fest: Vor allem unfreiwillige (räumliche) Segregation begünstigt Prozesse der Marginalisierung und der „Traditionalisierung von Integrationsdefiziten“ (vgl. HILPERT 1997) aufgrund mangelnder Schulbildung und versperrter Zugänge zum Beruf und zum Arbeitsmarkt. Die Traditionalisierung von Integrationsdefiziten in Migrantenfamilien und Quartieren mit hohem Migrantenteil ist aber nicht in erster Linie Ausdruck mangelnder Integrationsbereitschaft, sondern verweist letztlich auf Strukturprobleme.

Ein Blick in die Forschung bzw. auf Situationsanalysen von Großstädten zeigt recht unterschiedliche *Sozialverhältnisse*. Gute Nachbarschaft scheint vorzukommen, aber wohl eher selten. Konflikte in Stadtteilen mit hohem

Migrantenanteil sind wohl unvermeidlich, aber zunächst kein Anlass zu übertriebener Besorgnis. Gewalttätige (Gruppen-)Auseinandersetzungen sind zwar nicht selten, aber nicht bestimmend. Aufmerksamkeit verdienen Beobachtungen, „die im lebenspraktischen Miteinander von Stadtbewohnern auch ein durchaus erfolgreiches Zusammenleben (zeigen), ein selbstverständlicher Umgang miteinander“ (BUKOW u. LLARYORA 1999, S. 1). Desintegrationserscheinungen sind zwar bevorzugt in „Räumen sozialer Problemlagen“ zu erwarten. Doch das Ausmaß sozialer Integration bzw. Desintegration ist nicht alleine an sozialstrukturellen Daten festzumachen (Migrantenanteil, Arbeitslosenquote u.a.), sondern es sind soziale Milieus, Nachbarschaftsbeziehungen u.a. einzubeziehen. Offenbar gibt es also trotz Strukturparallelen in den sozialstrukturellen Merkmalen und sozialen Problemlagen erhebliche Unterschiede in den *Bewältigungsmustern* und im sozialen Zusammenhalt (vgl. HERMANN 1996). Die Studie von ECKERT und KISLER, die 1997 unter dem Titel „Südstadt, was ist det?“ (Köln) erschienen ist, zeigt bspw. ein differenziertes Bild von Integrations- bzw. Ausgrenzungsprozessen in einem Kölner Stadtteil, von innerethnischen und anderen Verflechtungen, vor allem aber, dass das Zusammenleben von Allochthonen und Autochthonen nicht ausschließlich unter der Dimension von Konflikt oder gar kategorialer Fremdheit wahrgenommen werden kann. Nicht nur Desintegration und Konflikt müssen bestimmend sein, sondern eben auch ein alltagspraktisches Nebeneinander. Dennoch sind die düsteren Perspektiven der systemischen Integration über Arbeits- und Wohnungsmarkt und die schwächer werdende ökonomische Integrationskraft der Städte sind „keine guten Zeiten für die Tugend der Gleichgültigkeit und keine guten Zeiten für die Integration des Fremden“ (HÄUSSERMANN 1997, S. 43), also für multikulturelles Zusammenleben in der Stadt.

3.

Bei dieser Konferenz geht es um Aufgaben und Konzepte des Quartiersmanagements. In der Konferenzankündigung heißt es, ein Aufgabengebiet sei die Förderung der sozialen Einbindung junger Migranten, Aussiedler und ihrer Familien im Quartier und ihre Beteiligung an der Gestaltung des Wohnumfelds. Soziale Einbindung verstehe ich zunächst so, dass die (Selbst-)Ausgrenzung dieser Bevölkerungsgruppen vermieden werden soll, positiv gewendet: dass sie als normale Nutzer/innen der sozialen Infrastruktur betrachtet werden und überdies ihre Gestaltungspotenziale aufgegriffen, gestützt und auch genutzt werden sollen.

Soziale Einbindung, soziale Integration ist aber ohne Partizipation, also wirkliche Teilhabe nicht möglich. Anders formuliert: Nicht die Zugewanderten bzw. ihre Kinder sollen in etwas Bestehendes einbezogen werden, sondern es geht um das Zusammenfügen verschiedener Teile zu einem Ganzen. Diese Integrationsaufgabe betrifft alle Gesellschaftsmitglieder, d.h. sie geht alle Quartiersbewohner/innen *unmittelbar* an.

Für einen *kommunalen Integrationsansatz* lassen sich folgende Prinzipien formulieren (vgl. dazu ausführlicher KRUMMACHER u. WALTZ 1996, FILSINGER 1998, SCHÄFER, HAUBRICH u. FRANK 1999):

- Erforderlich ist eine Politik, die allen Bürger/innen Teilhabechancen insbesondere in den Bereichen Wohnen, Bildung und Erwerbsarbeit eröffnet und die auf eine *allgemeine Qualifizierung der (sozialen) Infrastruktur* abzielt. Integrationspolitik ist demnach keine Politik für Migrant/innen; spezielle Integrationspolitiken für Zugewanderte und ihre Familien erübrigen sich damit zwar nicht, aber sie sind im Kontext einer allgemeinen Integrationspolitik zu konzipieren. Sonderprogramme sind dort einzusetzen, wo soziale Benachteiligung durch ethnische Unterschichtung oder kulturspezifisch induzierte Ausgrenzung mit hervorgebracht wird. Darüber hinaus bedarf es einer *Interaktionspolitik* (vgl. etwa LAMURA 1998), die darauf abzielt, Gelegenheitsstrukturen für interkulturelle Austauschprozesse zu schaffen bzw. bereits vorhandene Strukturen zu stützen.
- Die Basis für die Quartiersentwicklung bildet die *vorhandenen bzw. erschließbaren (Selbsthilfe-)Potenziale* bei den Quartiersbewohner/innen (vgl. WALTZ 1997); d.h. anzuknüpfen ist an die Erfahrungen, Kompetenzen und Leistungen der Bewohner/innen; dabei geht es vor allem darum, die beachtlichen Integrationsleistungen der Zugewanderten zu achten und *anzuerkennen*. Mehrsprachigkeit, interkulturelle Erfahrungen, Migrationserfahrungen usw. sind Kompetenzen bzw. Ressourcen, die bisher noch unzureichend in den Blick genommen wurden.
- Es bedarf eines bewussten und zugleich *beheutamen Umgangs mit Differenz*. Differenzen sind vielfältiger Art: Soziale, ethnisch-kulturelle und geschlechtsspezifische Differenzen sind zu unterscheiden, aber auch aufeinander zu beziehen. Die Hervorhebung ethnischer bzw. kultureller Zugehörigkeit verhindert einen angemessenen Zugang zu sozialen Problematiken.

Wie ist aber nun eine Quartiersentwicklung zu konzipieren? Zunächst bedarf es analytischer Anstrengungen. *Sozialraumanalysen* (vgl. etwa SCHUMANN 1997), die immer auch als *Milieu- und Netzwerkanalysen* zu konzipieren sind, erbringen erst das notwendige Wissen über die sozialen Verhältnisse im Quartier. Eine vertiefte Kenntnis von unterschiedlichen Milieus, also ihrer gemeinsam geteilten Deutungsmuster und sozialen, d.h. auch religiösen Praxen, insbesondere von Migrantenumilieus und Migrantennetzwerken ist erforderlich, um Missverständnissen, Vorurteilen und Fehldeutungen entgegenzuwirken, aber auch um Anknüpfungspunkte für sozialen Austausch, für Kooperation zu erkennen. *Milieukundigkeit* erscheint mir eine zentrale Kompetenz für ein „interkulturelles“ Quartiersmanagement. Netzwerkanalysen sind auch erforderlich im Hinblick auf die lokalen Akteursgruppen (z.B. Vereine, Organisationen usw.). Nur eine gute Kenntnis dieses lokalen Akteur-Netzwerks erlaubt es, Kooperationspotenziale zu erkennen.

Ein genaues Augenmerk ist auf die *Generationenverhältnisse* zu richten. Empirische Befunde sprechen dafür, die Einbindung der jungen Migrant/innen in die communities und daraus resultierende Konflikte aufmerksam zu studieren (vgl. etwa BARINGHORST 1999). Besonderer Aufmerksamkeit bedürfen Prozesse der Transformation, der *Traditionsbildung*. Mir scheint nämlich, dass Modernisierungsprozesse, d.h. Individualisierungsprozesse in der Migrationsbevölkerung bisher noch nicht ausreichend wahrgenommen und in Rechnung gestellt werden. Ursula APTZSCH hat in mehreren empirischen Untersuchungen solche Traditionsbildungsprozesse zeigen können (APTZSCH 1996a, 1996b). Traditionsbildung ist etwas anderes als Traditionsfortsetzung. Oberflächlich betrachtet stellen sich bestimmte Lebensführungsmuster bzw. Lebensentwürfe als Fortsetzung bisheriger familialer Muster dar; bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch etwas Neues. Dieses Neue knüpft zwar an Traditionen an; diese werden jedoch von den Subjekten – als aktive Leistung – transformiert. Unter der Bedingung von ethnisch motivierter Benachteiligung oder gar Diskriminierung sind solche Transformationsprozesse eher gefährdet, ist der Rückzug auf die Herkunftsgemeinschaft wahrscheinlicher. Die Berücksichtigung der Generationenperspektive könnte auf der praktischen Ebene so etwas wie Generationenarbeit bedeuten.

Generell ist bei der Konzeptentwicklung zu berücksichtigen, dass *ethnische Gruppenbildung* ambivalent zu beurteilen ist, und dass Separation und Differenz nicht a priori dem Integrationsgedanken entgegenstehen. Walter SIE-

BEL (1997) fordert aus guten Gründen dazu auf, „die unaufhebbare Dialektik von gegenseitiger Abgrenzung und Integration“ nicht zu leugnen. Einschlägige Studien zeigen überdies, dass in der Adoleszenzphase nicht nur ethniespezifische Erfahrungsräume bedeutsam sind, sondern ebenso *alters- und geschlechtsspezifische* Erfahrungsräume (vgl. BOHNSACK u. NOHL 1998). Überdies spricht vieles dafür, der Frage nach mehreren Zugehörigkeiten und der Bedeutung von Ethnizität im Alltag genauer nachzugehen (vgl. DANNENBECK, ESSER u. LÖSCH 1999). Was also Not tut ist ein *reflexiver Umgang mit Ethnizität*. Es kommt vor allem darauf an, *ethnisierende Deutungsmuster* auf Seiten der autochthonen Bevölkerung, die bekannterweise Selbstethnisierungsprozesse in Gang setzen bzw. verstärken (vgl. BOMMES u. SCHERR 1991), in ihrer Funktion zu erkennen und über Aufklärung, d.h. über diskursive Strategien, aufzuweichen und durch angemessenere zu ersetzen. Dies kann umso eher gelingen, als die Aufmerksamkeit nicht nur auf Differenzen, sondern auch und vor allem auf Gemeinsamkeiten gerichtet wird. Das Quartier, das im Focus des hier in Rede stehenden Programms steht, kann nämlich nur dann als Chance betrachtet werden, wenn ethnisierende Deutungsmuster überwunden und normale Teilhabe und Teilnahme der Zugewanderten gesichert ist (vgl. HAMBURGER u. WEBER 1996).

4.

Handlungskonzepte müssen fallspezifisch, d.h. auf das jeweilige Quartier bezogen, entwickelt werden. Insofern sind von diesem Beitrag nur relativ allgemeine Überlegungen zu erwarten, die quasi als Reflexionsfolie bzw. als Orientierungswissen dienen können.

a.) Zentral ist, dass vor allem junge Migrant/innen, aber selbstverständlich auch junge Autochthone *Rückzugs- und Bewegungsspielräume* zur freiwilligen Gruppenbildung, zur Selbstorganisation und Gemeinschaftsbildung brauchen. Es bedarf – wie Hans Paul BAHRDT formuliert –, Orte des Übergangs, d.h. der „unvollständigen Integration“. Das Mitein角度kommen durch Abgrenzung führt aber nicht zu dem, was das Zusammenleben einer Bürgerschaft ausmacht. Insofern braucht es – quasi als komplementäre Strategie – *Gelegenheitsstrukturen, öffentlicher Räume* zur Begegnung, zum Austausch, zur Kooperation und Konfliktaustragung, also für Arrangements. In eine solche Richtung weist etwa das Konzept der „Schülerclubs“, das in Nordrhein-Westfalen und in den neuen Bundesländern erprobt wird (vgl. FILSINGER 2000b). Solche Schülerclubs sind zwar in der Schule angesiedelt, aber

im Kern sind sie keine reine Veranstaltung der Schule, sondern beziehen bewusst den Stadtteil mit ein. Im Rahmen solcher Schülerclubs können mehr oder minder selbstorganisierte Projekte entstehen, die Bildungsprozesse in Gang setzen, aber auch ganz praktische Initiativen hervorbringen, die für das Quartier nützlich sein können. Die Suche nach solchen Orten und die Schaffung von Gelegenheitsstrukturen und Orten ist eine der herausragenden Aufgaben quartiersbezogener Arbeit.

b.) Quartiersentwicklung ist letztlich auch ein Bildungsprozess. Insofern kommt es vor allem darauf an, die Bildungsbedingungen in den Familien in den Blick zu nehmen und Angebote zu entwickeln, die die Bildungschancen erweitern. Bildung ist – wie bereits angesprochen – nicht nur Kapital auf den Arbeitsmärkten, sondern auch eine zentrale Ressource in der Lebensbewältigung. Bildung ist überdies eine Voraussetzung für eine humane Gestaltung der Gesellschaft. Neben der Schule sind aber auch die außerschulischen Bildungsgelegenheiten (Elternarbeit, Jugendarbeit) zu erweitern, sowohl im Hinblick auf den Zugang zu formaler (weiterführender) Bildung, als auch darüber hinaus.

c.) Stadtteil- und Quartiersentwicklung wird aber nur dann Perspektiven eröffnen, wenn sie neben der Wohnungs- und Wohnumfeldentwicklung und der sozialen Infrastrukturausstattung auch darauf abzielt, neue Beschäftigungs- und Erwerbschancen, insbesondere für diejenigen zu eröffnen, die nur schwer oder überhaupt keinen Zugang zu Ausbildung bzw. Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt finden. Damit ist vorrangig eine *lokale Ausbildungs-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik* angesprochen. Diese müsste mit Hilfe der lokalen Potenziale eine Entwicklungsdynamik in Gang setzen, die neue Beschäftigungsmöglichkeiten auf unterschiedlichen Qualifikationsniveaus, und auch Engagement jenseits von Erwerbsarbeit hervorbringt. Es geht also um die Schaffung von wirtschaftlichen Gelegenheiten, die gleichzeitig der baulichen, Umwelt- und Gemeinschaftsentwicklung zugute kommen, sowie die Zusammenarbeit zwischen allen relevanten Akteuren (Stadtteilgruppen, private Akteure, Bewohner/innen) fördern. Voraussetzung hierfür ist eine Installierung von entsprechenden Programmen in die lokale und regionale Ökonomie (EVERS u. SCHULZE-BÖING 1999). Eine Stadtteil- bzw. Quartiersentwicklung, die die *soziale* Entwicklung eines Gemeinwesens im Blick hat, und vorhandene Potenziale nutzen und zur Entfaltung bringen möchte (seien es solche der lokalen Ökonomie oder von freiwilligen Zusammenschlüssen usw.), ist ohne Experimente nicht zu haben. Dazu gehören Typen von „sozialen Unternehmen“ (EVERS u. SCHULZE-

BÖING 1999), die sich nicht auf die traditionellen Akteure beschränken, sondern solche des Markts, des lokalen Staats und der Zivilgesellschaft zusammenführen und neue Akteursnetzwerke bilden. Die Migrantenökonomie und die Migrantenorganisationen stellen ein wichtiges Potenzial dar, das zur Kooperation gebracht werden muss.

d.) Migrantenselbstorganisation bzw. Eigenorganisationen sind für die Quartiersentwicklung von herausragender Bedeutung. Jedoch sollte auch deren Aktivitäten, nicht zuletzt im Hinblick auf die jüngere Generation, sorgfältig beobachtet und evaluiert werden.

e.) Normale Teilhabe und Teilnahme von Migrant/innen erfordert letztlich eine interkulturelle Öffnung bzw. Orientierung der Regeldienste (vgl. BARWIG u. HINZ-ROMMEL 1995). Dadurch erübrigen sich (noch) nicht die speziellen Migrationsdienste bzw. spezielle Angebote für Migrant/innen, solange spezifische Benachteiligungen bzw. Förderungsbedarf vorliegen. Allerdings sollten die Begründungen für solche Dienste und Angebote genau geprüft werden. Die Debatte um Integration vs. Besonderung scheint dann nicht produktiv, wenn sie im Sinne eines Entweder-oder geführt wird. „Die mit Ausdifferenzierung oder Integration verbundenen Nachteile lassen sich gerade nicht durch das Ersetzen des einen durch das andere vermeiden, sondern durch eine reflektierte Vorgehensweise in der Praxis beider Institutionalisierungen“ (HAMBURGER 1999, S. 38).

5.

Das Konzept des Stadtteil- bzw. Quartiersmanagements ist mittlerweile im Kern recht gut ausgearbeitet (vgl. etwa ALISCH 1998). Es geht um die Förderung endogener *Entwicklungspotenziale, um Aktivierung, Projektbegleitung und Vermittlung*. An verschiedenen Stellen ist bereits angedeutet worden, wo die Erfordernisse liegen und wie die Kernaufgaben aussehen. Diese sollen im folgenden noch einmal detailliert dargestellt werden.

a.) *Quartiersmanagement als Beobachtung*

Das Quartiersmanagement ist zunächst als eine „Beobachtungsstelle“ zu verstehen. Es geht um die Beschaffung von Wissen über das Quartier, durch aufmerksame Beobachtung, ggf. durch Untersuchungen, um eine sensible Wahrnehmung von „Signalen“ in der Bevölkerung. Stichworte sind Milieu- und Netzwerkanalyse, Akteursanalyse, Kompetenz- und Ressourcenanalyse (vgl. SCHUMANN 1997). Eine solche Sozialraumanalyse ist die Voraussetzung für die Erarbeitung eines Entwicklungskonzepts.

b.) *Anlauf- und Kontaktstelle für Bürger/innen und Initiativen*

Quartiersmanagement soll zur Aktivierung der Bevölkerung beitragen bzw. vorhandene Aktivitätspotenziale sichtbar machen, fördern und zur Kooperation bringen. Dazu bedarf es Orte und Gelegenheitsstrukturen. Einen Beitrag dazu kann eine niedrigschwellige Anlauf- und Kontaktstelle leisten, die Wissen bereitstellt, Kontaktaufnahme ermöglicht und Interessierte zusammenbringt. Eine solche Stelle braucht Ansprechpartner/innen aus den im Quartier vorfindbaren Ethnien.

c.) Vermittlungsagentur

Eine weitere Aufgabe besteht in der Vermittlung, und zwar in einer dreifachen Bedeutung. Zum einen geht es um die Vermittlung von Wissen (s.o.); zum anderen geht es um die Vermittlung von Kontakten, um das Zusammenbringen von relevanten Akteuren und Gruppen, um „Networking“. Nicht zuletzt geht um Vermittlung im Sinne der Begleitung von Aushandlungsprozessen, ggf. auch um Streitvermittlung. Zu vermitteln ist zwischen den Bürger/innen bzw. Gruppen von Bürger/innen, zwischen Bürger/innen und den Institutionen, aber auch zwischen den Institutionen. Wenn es gelingt zu einer „konfliktuellen Kooperation“ zu gelangen, ist schon viel erreicht. Die Vermittlungsaufgaben setzen eine möglichst große Autonomie des Quartiersmanagements voraus, auch gegenüber der kommunalen Verwaltung bzw. den Trägern, in die die Mitarbeiter/innen einbezogen sind.

d. Projektinitiierung und -begleitung

Zu dieser Aufgabe sei nur angemerkt, dass es vor allem darauf ankommt, Gelegenheitsstrukturen für selbstorganisierte Projekte zu schaffen und vorhandene Potenziale aufzugreifen bzw. zu unterstützen. Selbst mit einem noch so hohem personellem und finanziellem Aufwand sind Projekte, die nicht in der Bevölkerung verankert sind, nicht überlebensfähig. Die bislang recht kurzfristig angelegten Projekte des Quartiersmanagements sind keine gute Voraussetzung für eine so anspruchsvolle Aufgabe wie die Quartiersentwicklung.

(Interkulturelles) Quartiersmanagement erscheint überhaupt nur perspektivenreich, wenn es eingebettet ist in ein stadtpolitisches Konzept (mit gezielter Ressourcen-Allokation) und – in unserem Fall – in ein interkulturell orientiertes Jugendhilfekzept. Die Erfolgsaussichten sollten nüchtern betrachtet werden. Ohne eine entgegenkommende Bildungs-, Beschäftigungs- und Wohnungspolitik, die die Bedingungen für eine systemische Integration von jungen Migrant/innen verbessert, dürfte auch ein noch so engagiertes Quartiersmanagement nicht sonderlich viel ausrichten können.

* ALLMENDINGER (1999) spricht dann von „absoluter Bildungsarmut“, wenn nicht mindestens ein Hauptschulabschluss vorliegt.

Kontakt:

Katholische Hochschule für Soziale Arbeit
Rastpfuhl 12a
66113 Saarbrücken
Tel.: 0681-97132-33
e-mail: filsinger@hit.handshake.de

Literatur

ALISCH, M. (Hg.) (1998). Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt. Opladen: Leske + Budrich

ALLMENDINGER, J. (1999). Bildungsarmut: Zur Verschränkung von Bildungs- und Sozialpolitik. Soziale Welt 50, Heft 1, 35-50

APITZSCH, U. (1996a). Biographien und berufliche Orientierung von Migrantinnen. In Kersten, R., KIESEL, D. u. SARGUT, S. (Hg.), Ausbilden statt ausgrenzen. Jugendliche ausländischer Herkunft in Schule, Ausbildung und Beruf (133-148). Frankfurt a.M.: Haag + Herchen

APITZSCH, U. (1996b). Migration und Traditionsbildung. Biographien Jugendlicher ausländischer Herkunft. In KARPF, E. u. KIESEL, D. (Hg.), Politische Kultur und politische Bildung Jugendlicher ausländischer Herkunft (11-30). Frankfurt a. M.: Haag + Herchen

BADE, K.J. u. MÜNZ, R. (Hg.) (2000). Migrationsreport 2000. Fakten – Analysen – Perspektiven. Frankfurt/M. u. New York: Campus

BADE, K.J. u. OLTMER, J. (Hg.) (1999). Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa. Osnabrück: Universitätsverlag Rasch

BARINGHORST, S. (1999). Multikulturalismus und Kommunalpolitik. Über einige nicht intendierte Folgen kommunaler Minderheitenpolitik in Großbritannien. Leviathan 27, Heft 3, 287-308

BARWIG, K. u. HINZ-ROMMEL, W. (Hg.) (1995). Interkulturelle Öffnung sozialer Dienste. Freiburg/Brsg.: Lambertus

BMBF - Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.) (1999). Jugendliche ohne Berufsausbildung. Bonn

BOHNSACK, R. u. NOHL, A.M. (1998). Adoleszenz und Migration. Empirische Zugänge zu einer praxeologisch fundierten Wissenssoziologie. In Bohnsack, R. u. Marotzki, W. (Hg.), Biographieforschung und Kulturanalyse. Transdisziplinäre Zugänge qualitativer Forschung (260-282). Opladen: Leske + Budrich

BOMMES, M. u. SCHERR, A. (1991). Der Gebrauchswert von Selbst- und Fremdebnisierung in Strukturen sozialer Ungleichheit. Prokla 21, Heft 83, 291-316

BRUMLIK, M. (1999). Selbstachtung und nationale Kultur. Zur politischen Ethik multikultureller Gesellschaften. In KIESEL, D., MESSERSCHMIDT, A. u. SCHERR, A. (Hg.), Die Erfindung der Fremdheit. Zur Kontroverse um Gleichheit und Differenz im Sozialstaat (17-36). Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel

BUKOW, W.D. u. LLARYORA, R. (1999). Forschungsprojekt städtischer Multikulturalismus. Köln: Manuskript

DANGSCHAT, J.S. (1995). Multikulturelle Gesellschaft

- und sozialräumliche Polarisierung. In SCHWARZ, U./Hamburgische Architektenkammer (Hg.), Risiko Stadt?: Perspektiven der Urbanität (178-191). Hamburg: Junius
- DANNENBECK, C., ESSER, F. u. LÖSCH, H. (1999). Herkunft (er-)zählt. Befunde über Zugehörigkeiten Jugendlicher. Münster/New York: Waxmann
- DIETZ, B. u. ROLL, H. (1998). Jugendliche Aussiedler. Portrait einer Zuwanderergeneration. Frankfurt a.M./New York: Campus
- DIETZ, B. u. HOLZAPFEL, R. (1999). Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund. Kinder in Aussiedlerfamilien und Asylbewerberfamilien – alleinstehende Kinderflüchtlinge. Materialien zum Zehnten Kinder- und Jugendbericht, Bd. 2. München: DJI - Verlag Deutsches Jugendinstitut
- ECKERT, J. u. KISSLER, M. (1997). Südstadt, was ist das? Kulturelle und ethnische Pluralität in modernen urbanen Gesellschaften am Beispiel eines innerstädtischen Wohngebietes in Köln. Köln: PapyRossa
- ESSER, H. (1998). Ist das Konzept der Integration gescheitert? Solingen: Landeszentrum für Zuwanderung Nordrhein-Westfalen (Manuskript)
- EVERS, A. u. SCHULZE-BÖING, M. (1999). Zwischen Reduktionismus und Selbstüberforderung. Wandel und Herausforderungen lokaler Beschäftigungspolitik. Beitrag zur Jahrestagung der Sektion Sozialpolitik der DGS, Mai 1999 in Frankfurt a.M.: Manuskript
- FILSINGER, D. (2000a). Zivilgesellschaftliche Gestaltung: Kontexte, (Test-) Felder und Forschungsaufgaben. In ELSÉN, S., RIES, H.A. u.a. (Hrsg.), Sozialen Wandel gestalten – Lernen für die Zivilgesellschaft (54-79). Neuwied: Luchterhand
- FILSINGER, D. (2000b). Soziale Teilhabe von Jugendlichen als Herausforderung für Schule und Jugendhilfe. In Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes NRW (Hrsg.), Interkulturelle Schülerklubs. Konzept, Ziele, Ergebnisse (19-26). Düsseldorf: MASSKS
- FILSINGER, D. in Zusammenarbeit mit LÜCK-FILSINGER, M. (1998). Kommunale Gesamtkonzepte zur Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher. Expertise im Rahmen des Aktionsprogrammes „Integration junger Ausländerinnen und Ausländer“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. DJI-Arbeitspapier Nr. 1-148. München: Deutsches Jugendinstitut
- HAMBURGER, F. (1996). Migrantinnenarmut stellt die Sozialarbeit vor neue Aufgaben. Caritas '97, Heft 3, 131-138
- HAMBURGER, F. (1999a). Migration und Soziale Arbeit. In CHASSÉ, K.A. u. WENSIERSKI, H.J. (Hg.), Praxisfelder der Sozialen Arbeit (405-420). München/Weinheim: Juventa
- HAMBURGER, F. (1999b). Von der Gastarbeiterbetreuung zur Reflexiven Interkulturalität. IZA – Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, Heft 3-4, 33-38
- HAMBURGER, F. u. WEBER, S. (1996). Wohnort als Chance? Migranten in der Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit in Rheinland-Pfalz - Expertise. Hrsg. von der Landesbeauftragten für Ausländerfragen des Landes Rheinland-Pfalz. Mainz
- HANESCH, W. u.a. (1994). Armut in Deutschland. Der Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt
- HAUSER, R. (1997). Armutsberichterstattung. In NOLL, H.H. (Hg.), Sozialberichterstattung in Deutschland (19-46). München/Weinheim: Juventa
- HÄUSSERMANN, H. u. OSWALD, I. (1996). Stadtentwicklung und Zuwanderung. In SCHÄFFERS, B. u. WEWER, G. (Hg.), Die Stadt in Deutschland: Soziale, politische und kulturelle Lebenswelt (85-102). Opladen: Leske + Budrich
- HEITMEYER, W. (1997). Gibt es eine Radikalisierung des Integrationsproblems? In HEITMEYER, W. (Hg.), Was hält Gesellschaft zusammen? (23-65). Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- HERMANN, T. (1996). Sozialer Wandel im Stadtteil. In Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.), Die Menschen machen ihren Stadtteil selbst ... – Soziale Netze und Bewohner/innenbeteiligung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf (10-21). Dortmund: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS-Schriften 117)
- HILPERT, K. (1997). Ausländer zwischen Integration und Marginalisierung. Zur Bedeutung kommunaler Quartierbildung und Traditionalisierung von Integrationsdefiziten beim Wechsel der Generationen. Frankfurt a.M.: Peter Lang
- HOFFMANN-NOWOTNY, H.J. (1973). Soziologie des Fremdarbeiterproblems. Stuttgart: Anton Hain
- HONNETH, A. (1994a). Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- HONNETH, A. (1994b). Desintegration. Bruchstücke einer soziologischen Zeitdiagnose. Frankfurt a.M.: Fischer
- JESCHECK, W. (1994). Nach wie vor Rückstände in der Schul- und Berufsausbildung junger Ausländer. DIW-Wochenbericht Nr. 28, 486-492
- JESCHECK, W. (1998). Integration junger Ausländer kommt kaum noch voran. DIW-Wochenbericht Nr. 24, 417-426
- KRUMMACHER, M. u. WALTZ, V. (1996). Einwanderer in der Kommune. Analysen, Aufgaben und Modelle für eine multikulturelle Stadtpolitik. Augsburg: Klartext
- LAMURA, G. (1998). Migration und kommunale Integrationspolitik. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag
- LEGGEWIE, C. (2000). Integration und Segregation. In Bade, K.J. u. Münz, R. (Hg.), Migrationsreport 2000. Fakten, Analysen, Perspektiven (85-107). Frankfurt a.M./New York: Campus
- MEISTER, D. M. (1999). Die 'halbierte' Integration. Aussiedlerjugendliche in Deutschland. In GEMENDE, M. u.a. (Hg.), Zwischen den Kulturen. Pädagogische und sozialpädagogische Zugänge zur Interkulturalität (103-115). Weinheim/München: Juventa
- MUMMEY, U. u. SCHIENER, R. (1998). Zur Eingliederung der Aussiedler in die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Leske + Budrich
- MÜNZ, R., SEIFERT, W. u. ULRICH, R. (1997). Zuwanderung nach Deutschland. Strukturen, Wirkungen, Perspektiven. Frankfurt am M./New York: Campus
- PARSONS, T. (1972). Das System moderner Gesellschaften (engl. 1969). München/Weinheim: Juventa

SCHÄFER, P.Y., HAUBRICH, K. u. FRANK, K. (1999). Kommunale Gesamtkonzepte zur Integration von ausländischen Kindern und Jugendlichen. Eine Dokumentation des Expertenhearings vom 2. und 3. Dezember 1998. München: Deutsches Jugendinstitut (DJI-Arbeitspapier Nr. 1-149)

SCHERR, A. (1999). Die Konstruktion von Fremdheit in sozialen Prozessen. Überlegungen zur Kritik und Weiterentwicklung interkultureller Pädagogik. In KIESEL, D., MESSERSCHMIDT, A. u. SCHERR, A. (Hg.), Die Erfindung der Fremdheit. Zur Kontroverse um Gleichheit und Differenz im Sozialstaat (49-65). Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel

SCHUMANN, M. (1997). Sozialraumanalyse als ethnographisches Lernfeld im Studium. In JAKOB, G. u. WENSIERSKI, H.J. (Hg.), Rekonstruktive Sozialpädagogik: Konzepte und Methoden sozialpädagogischen Verstehens in Forschung und Praxis (239-254). Weinheim/München: Juventa

SEIFERT, W. (1995). Die Mobilität der Migranten. Die berufliche, ökonomische und soziale Stellung ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik. Eine Längsschnittanalyse mit dem sozio-ökonomischen Panel 1984-1989. Berlin: Edition Sigma

SIEBEL, W. (1997). Die Stadt und die Zuwanderer. In HÄUSSERMANN, H. u. OSWALD, I. (Hg.), Zuwanderung und Stadtentwicklung (30-41). Opladen: Westdeutscher Verlag

WALTZ, V. (1997). Soziale Integration und ethnische Identifikation in (benachteiligten) Stadtquartieren. In REHBERG, K.H. (Hg.), Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften. 28. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie - Dresden 1996, Kongressband 2 (653-657). Opladen: Leske + Budrich

Strategien in der Arbeit des Quartiersmanagements Marzahn NordWest im Arbeitsbereich „Integration der Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion“

Quartiersmanagement Marzahn NordWest

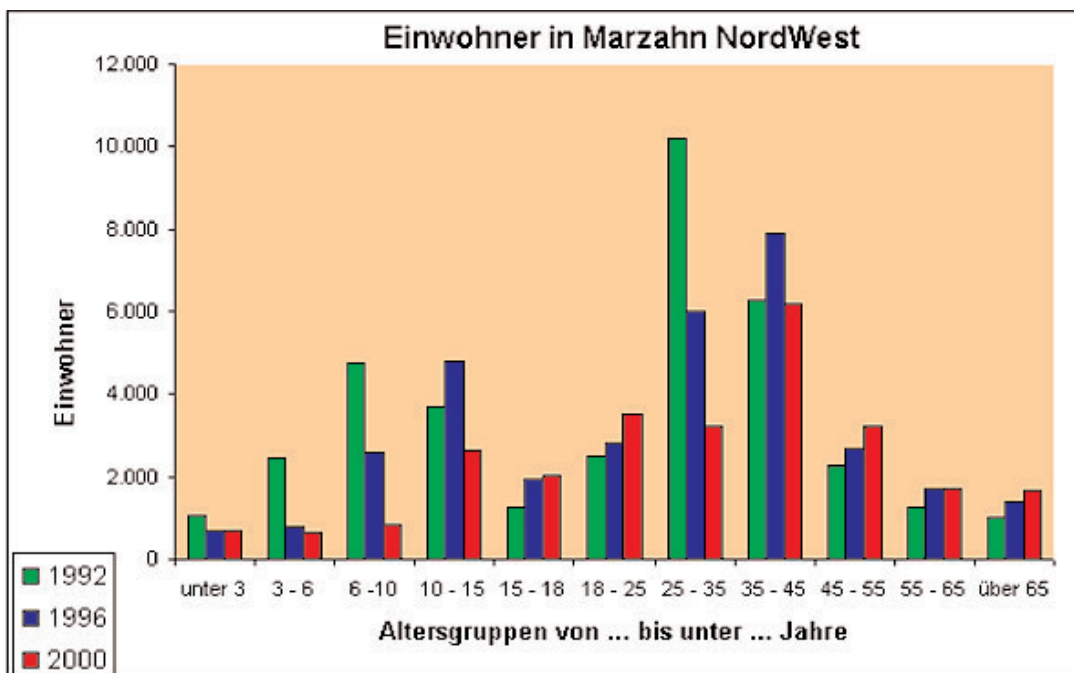
Im Juni 1999 wurde die Urban Plan GmbH mit Aufgaben des Quartiersmanagements für den Stadtteil Marzahn-NordWest von der Senatsverwaltung für Bauen, Wohnen und Verkehr beauftragt.

Marzahn NordWest gehört zu den zuletzt fertiggestellten Stadtteilen der Großsiedlung Marzahn in Ostteil Berlins. Die Größe des Stadtteils beträgt ca. 130 ha. Im Quartier Nord überwiegen 11-geschossige Plattenbauten, im westlichen Quartier 5- und 6-Geschosser. Die Anzahl der Wohnungseinheiten beträgt ca. 13.800. Der Wohnungsleerstand hat sich in den letzten Jahren sichtbar erhöht. Nach Aussagen des größten Wohnungsunternehmens vor Ort, der WBG Marzahn mbH, betrug der Leerstand im Jahr 2000 mehr als 9%. Die monostrukturelle Anlage der Großsiedlung spiegelt sich in der einseitigen Wirtschaftsstruktur des Stadtteils wieder. Der Gewerbebesatz beschränkt sich auf Einzelhandels-, Gastronomie- sowie Dienstleistungsbetriebe.

Die Bevölkerung

Am 31.12.2000 lebten im Stadtteil 26.399 Einwohner/innen. Seit 1992 ist die Bevölkerungszahl um 28% zurückgegangen. Als positiv ist zu werten, dass hier viele Jugendliche und Kinder leben. Von der Gesamtzahl der Bevölkerung sind 29% Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren und 17% zählen zu den jungen Erwachsenen zwischen 18 und 35 Jahren. In den letzten zehn Jahren ist die Arbeitslosigkeit im Gebiet stark angestiegen. Der Anteil der arbeitslosen Bewohner/innen hat sich in den letzten zwei Jahren um 5,4% erhöht von 11,2% im Jahre 1998 auf 16,6% im Jahre 2000. Die Arbeitslosigkeit betrifft im Stadtteil Marzahn NordWest besonders junge Anwohner/innen. 1998 waren 15,1% der arbeitslosen Jugendliche unter 25 Jahre. 1998/99 lebten ca. 9,8% der Einwohner/innen von öffentlichen Transfereinkommen.

Angesichts der großen Zahl der hier lebenden Jugendlichen ist die hohe Jugendarbeitslosigkeit nicht verwunderlich. Eines der dringlichsten Themen ist nach wie vor die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätze vor Ort. Im Quartier selbst gibt es – sieht man vom Einzelhandel ab – nur wenig Gewerbe. Arbeits- und Ausbildungsplätze in Feldern zu schaffen, die einen Gewinn für den Stadtteil bedeuten, ist daher ebenfalls ein Ziel des Quartiermanagements. Für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen fehlen darüber hinaus auch Sport- und Freizeitangebote. Marzahn NordWest muss sich mehr als bisher auf junge Menschen einstellen, auch um sie als Erwachsene an den Stadtteil zu binden. Verbesserungen sollten



daher auf die Stabilisierung der Bevölkerungsstruktur zielen und in erster Linie an der Wohn- und Lebenssituation von Kindern, Jugendlichen und jungen Familien ansetzen.

Aussiedler als größte Einwanderergruppe

Seit Mitte der 90er Jahre sind Schätzungen zufolge zwischen 14.000 und 18.000 Spätaussiedler aus den Staaten der ehemaligen GUS nach Marzahn gezogen. Die genaue Zahl der Spätaussiedler, die im Stadtteil NordWest wohnen, ist unbekannt, da sie die deutsche Staatsangehörigkeit haben und statistisch nicht als Ausländer erfasst werden. Wiederum basierend auf Schätzungen wird von einer Zahl zwischen 3.000 bis 5.000 Spätaussiedlern ausgegangen, die im Stadtteil NordWest ihren neuen Lebensmittelpunkt aufbauen.

Durch die deutsche Staatsangehörigkeit zählen Aussiedler zu den privilegierten Migranten. Mit dem deutschen Pass erhalten sie alle Rechte der deutschen Staatsbürger, z.B. wird ihnen ein sechsmonatiger Sprachkurs vom Arbeitsamt finanziert. Nach der Einwanderung sind die Spätaussiedler aber auf die Sozialhilfe angewiesen. Weil sie keine Leistungen vom Arbeitsamt beziehen können, bleibt ihnen nach den gesetzlichen Vorschriften der Zugang zu ABM- und SAM-Projekten und somit zum zweiten Arbeitsmarkt versperrt. Daher liegt die Vermutung nahe, dass die Arbeitslosigkeit und die Abhängigkeit von Transfereinkommen innerhalb der Gruppe der Spätaussiedler höher ist als unter der einheimischen Bevölkerung, was in Einzelgesprächen auch bestätigt wird. Eine eigene Ökonomie wie bspw. bei den türkischen Migranten konnte sich bislang noch nicht in nennenswertem Umfang entwickeln, dafür ist auch die Zeit seit dem Zuzug zu kurz.

Ungeachtet der fehlenden Kenntnis über die genaue Anzahl werden Aussiedler als Bevölkerungsgruppe deutlich wahrgenommen, was gleichzeitig zu einem hohen Anpassungsdruck führt. Vor dem Hintergrund des seit Jahren kontinuierlichen Bevölkerungsrückgangs bietet der Zuzug der Spätaussiedler, die mit dem neuen Wohnort eine langfristige Perspektive verbinden, ein großes Entwicklungspotenzial. Hohe Anforderungen stellt allerdings die Integration der Spätaussiedler, die sowohl soziale, kulturelle und wirtschaftliche Aspekte beinhaltet.

Aus Äußerungen anderer Bewohner/innen lässt sich schließen, dass die aufnehmende Gesellschaft in Marzahn den Spätaussiedlern eher ablehnend gegenüber steht. Häufig werden in Bewohnergesprächen Befürchtungen angedeutet, dass durch die Präsenz der Spätaussiedler („der Russen“) eine soziale Abwärtsspi-

rale im Wohnhaus, in der Nachbarschaft bzw. im Stadtteil einsetzt.

Die Aussiedler selbst erfahren die wahrgenommene Ablehnung der aufnehmenden Gesellschaft im Zusammenhang mit der vorherrschenden Arbeitslosigkeit als Ausschluss vom gesellschaftlichen Leben. Viele Spätaussiedler reagieren mit einer Konzentration auf das Private. Gefahren dieser individuellen Kompensationsstrategie liegen in einem sich selbstverstärkenden Isolationsprozess, wobei ein gesellschaftlich marginalisierter Lebensstatus in Kauf genommen wird.

Negativ ist dieser angedeutete Isolationsprozess ebenfalls für die aufnehmende Gesellschaft. Keine Gesellschaft kann sich auf Dauer die Stigmatisierung einer Bevölkerungsgruppe leisten. Nicht nur wird das soziale Zusammenleben empfindlich gestört, es bleiben darüber hinaus die Ressourcen und die Potenziale der Zuwanderer zur Bereicherung des gesellschaftlichen Lebens ungenutzt.

Besonderst betroffen sind jugendliche Spätaussiedler, die kaum in den Jugendeinrichtungen und Cliquen der anderen Jugendlichen anzutreffen sind. Besonders besorgniserregend wird die Gruppe der jungen Zuwanderer gesehen, die gleich nach dem Schulabschluss in Russland nach Deutschland gekommen sind. Weil sie nicht mehr in die deutsche Schule kommen, können sie ihr Deutsch nicht nachbessern und haben wenig Chancen zu einer guten Ausbildung. Das alles schlägt dann meist in Frustration und Resignation um.

Probleme der Integration

Von den zahlreichen Problemen bei der Integration der Aussiedler in die hiesige Gesellschaft sind besonders zu nennen.

- Die sechsmonatigen Sprachkurse sind nicht ausreichend, die meisten Bürger/innen haben auch weiterhin Sprachschwierigkeiten. Die angebotenen Sprachkurse stellen zwar eine wesentliche, aber keine tiefgreifende Integrationshilfe dar.
- Die Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse bzw. berufliche Qualifikationen aus den Zeiten der GUS sind nicht vergleichbar mit den bundesdeutschen, die Aussiedler können nicht im vorher ausgeübten Beruf arbeiten. Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und der starken Konkurrenzsituation haben sie Schwierigkeiten beim Einstieg ins Berufsleben.
- Hinzu kommen die (noch) kaum vorhandenen Kenntnisse über die Strukturen der bundesrepublikanischen Gesellschaft und

die Organisation des Alltagslebens.

Weil die Aussiedler aus einem anderen Kulturkreis kommen, müssen sie sich gleich zu Anfang an das Leben in Deutschland anpassen und einen „Kulturschock“ verarbeiten.

Aufgrund der relativ kurzen Zeit seit der Zuwanderung besteht bei vielen Spätaussiedlern ein großer Informationsbedarf über die sozialen, rechtlichen und politischen Grundlagen der hiesigen Gesellschaft sowie über die Anforderungen an die Alltagsorganisation. Vor allem die erst kürzlich zugezogenen Spätaussiedler sind mit einer kaum verarbeitbaren Flut von neuen Informationen konfrontiert, die schnell als massives Informationsdefizit wahrgenommen wird, zumal sich die zur Verfügung stehenden Auskunftsquellen als weitgehend unübersichtlich darstellen.

In Marzahn bestehen verschiedene soziale und kulturelle Angebote für die Integration der Spätaussiedler. Hohe Priorität genießen Projekte, die zum Abbau der Ablehnung der Migranten beitragen, den Rückzugstendenzen entgegenwirken, aus der gesellschaftlichen Isolation führen und den Einstieg ins Berufsleben, vor allem Jugendlicher, fördern. Zu den meistverbreiteten Angeboten zählen Konversationskurse und Angebote für Integrationshilfen, die von unterschiedlichen freien Trägern und Institutionen, z.B. den Kirchen, angeboten werden. Allerdings erreichen die Informationen über bestehende Angebote viele Spätaussiedler nicht. Darüber hinaus bestehen kaum Angebote, die die Selbsthilfepotenziale der Spätaussiedler stimulieren und diese in die eigene Arbeit einbinden.

Strategien des Quartiersmanagements Marzahn NordWest zur Integration

Aufgrund der Vielschichtigkeit der Integrationsprozesse ist es schwer, eine allgemeingültige Definition von Integrationsstrategien zu formulieren. Dennoch kann man fünf Kategorien zuordnen (nach G. MIK in *Housing segregation in the Dutch metropolitan environment*):

- *Instrumentale Integration*: Kenntnisse der Sprache, der Infrastruktur von Dienstleistungsangeboten, Orientierungsfähigkeit usw.
- *Ökonomische Integration*: Bildungszugang, Arbeitsmarkt, Selbständigkeit
- *Kulturelle Integration*: Freizeitgestaltung, gelebte Alltagskultur
- *Soziale Integration*: Wohnsituation, Kontakte zwischen Gruppen unterschiedlicher

Herkunft

- *Politische Integration*: Teilnahme und Teilhabe am politischen Leben

Bei näherem Betrachten lässt sich feststellen, dass die fünf Kategorien auch als fünf Stufen der Integration betrachtet werden können. Sie entsprechen sozusagen einer Prioritätenliste für einen neu angekommenen Migranten. Am Anfang steht die Stufe der instrumentalen Integration, die am wichtigsten ist, weil ohne sie das Vorankommen in den nächsten Stufen nicht vorstellbar wäre.

Das Quartiersmanagement hat diese fünf Kategorien als die fünf Hauptarbeitsfelder im Bereich der Integration der Aussiedler festgelegt, für die Handlungskonzepte zu entwickeln sind.

Ein anderer wichtiger Ansatz der Arbeit des Quartiersmanagements Marzahn NordWest ist die Bewohneraktivierung, um die „**Вещцпртук**“ selbst in den Prozess der Entscheidungen einzubringen. Zu diesem Zweck wurde das „Freie Forum der Aussiedler“ ins Leben gerufen, in dem sich aktive und engagierte Aussiedler zusammen finden, um gemeinsam mit der QuartiersAgentur die aktuellen Probleme der Integration zu diskutieren und Handlungsstrategien zu erarbeiten. Wichtig ist dabei, dass die Aussiedler auch in den Prozess der Problembehebung einbezogen werden. Eine solche Einbindung der Aussiedler in die Integrationspolitik leistet einen Beitrag zur aktiven Integration und widersetzt sich der Stigmatisierung der Spätaussiedler als passive und bedürftige Hilfeeempfänger.

Gemeinsam mit dem „Freien Forum der Aussiedler in Marzahn“ wurde das Quartiersmanagement Marzahn NordWest in allen fünf Arbeitsfelder der Integration aktiv. Eine Reihe von Projekten und Initiativen wurde gestartet. Viele von ihnen leisten einen Beitrag in mehreren der genannten Kategorien.

1. Instrumentale Integration

Weil es ausreichend Angebote zur Sprachförderung im Gebiet gibt, hat das Quartiersmanagement sich auf Bemühungen konzentriert, die Aussiedler mit entsprechenden Informationen und Kenntnissen zum Einstieg in das gesellschaftliche Leben zu wappnen. Die QuartiersAgentur Marzahn NordWest bietet Hilfe zum zurecht Finden in der neuen Umgebung an, informiert über die bereits bestehenden Infrastrukturen und Dienstleistungsangebote im Gebiet durch Beratung vor Ort, durch einen Informationsstand im Büro, durch die geplante Herausgabe eines deutsch-russischen Infoblatts. Aussiedler werden darüber hinaus beraten, wie sie finanzielle Unterstützung für ihre Vorhaben und Projekte aus dem Aktionsfonds und dem Quartiersfonds beantragen können.

2. Ökonomische Integration

Der Wiedereinstieg der Aussiedler ins berufliche Leben ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Gelingen der Integration. Deswegen bietet die QuartiersAgentur in Kooperation mit Partnern Arbeits- und Bildungsberatung für russischsprachige Migranten in ihrem Büro an. Es wurden Projekte unterstützt, wie z.B. die Neugestaltung des Seelgrabenparks, in denen auch Aussiedler für ein Jahr die Möglichkeit zu einer Umschulung hatten. Außerdem wurde eine Arbeitsvermittlung für Aussiedler vor Ort initiiert.

3. Soziale Integration

Als einen wichtigen Bestandteil der Integration sieht die QuartiersAgentur die Aktivierung der Aussiedler zur Teilnahme am öffentlichen Leben. Seit 1999 arbeitet das „Freie Forum der Aussiedler in Marzahn“, das sich mit der Zeit zu einer Art Sprachrohr der Aussiedler in Marzahn etabliert hat. Das Forum hat sich mit der Gründung des Vereins „Vision“, der schon einzelne Projekte beim Quartiersfonds beantragte, juristisch strukturiert.

Auch das Zusammenleben der Alt- und Neumarzahner sowie das Zusammenleben mit anderen, unterschiedlichen ethnischen Gruppen stehen als Aufgabe auf der Prioritätenliste. Es werden interkulturelle Feste, Gesprächsrunden, das „Talentefest“, auf dem talentierte junge Aussiedler und einheimische Jugendliche zusammen kommen, veranstaltet. Außerdem konnten die Aussiedler davon überzeugt werden, am Bewohnerbeirat, Quartierskonferenzen, dem Quartiersfonds sowie dem Aktionsfonds aktiv teilzunehmen.

4. Kulturelle Integration

Die QuartiersAgentur bietet ihre Unterstützung auch bei den nachkommenden kulturellen Belangen und dem Austausch der Kulturen an. So hat das Quartiersmanagement Marzahn Nord-West in Zusammenarbeit mit dem Kulturring e.V. eine Reihe aus sechs Lesungen mit zwölf russland-deutschen Autoren organisiert, die jeden zweiten Monat im Stadtteil stattfinden werden. Die deutsch schreibenden, russland-deutschen Schriftsteller sollen die Lebensweise der 20 000 im Bezirk Marzahn-Hellersdorf wohnenden Aussiedler vorstellen und damit einen wesentlichen Beitrag zur Verständigung zwischen Menschen verschiedener Herkunft leisten. Um die Kenntnisse der Geschichte, der Lebensweise, der Leistungen und der Herkunft der russland-deutschen Bevölkerung zu verbessern und damit im Gebiet mehr Akzeptanz für die Deutschen aus Russland zu erreichen, wurden eine Reihe von Vorträgen zur Geschichte der Deutschen aus Russland in Schu-

len, öffentlichen Einrichtungen und Kirchen durchgeführt.

Mit Unterstützung des Aktionsfonds des Quartiersmanagements wurde eine Ausstellung zur Geschichte der Russland-Deutschen erarbeitet. Auch eine CD-ROM mit Bildern und Texten zur Geschichte der Deutschen in Russland ist produziert worden und wird an alle interessierten Einrichtungen verteilt. In November 2001 wurden 64 Bücher zum Thema Aussiedler angeschafft und der örtlichen Bibliothek übergeben. Ein Almanach der russland-deutschen Autoren soll 2002 herausgegeben werden.

Als weitere Aktivitäten zählen kulturelle Veranstaltungen wie das „Jolka-Fest“, der „Frühling in Marzahn“ und die Gedenkveranstaltung zum Tag der Deportation. Ein großes Ereignis war das Festival der Deutschen aus Russland in Marzahn-Hellersdorf, das am 27. Oktober 2001 stattfand.

5. Politische Integration

Auch die Teilnahme der Aussiedler am politischen Leben, an politischen Entscheidungen und an politischer Weiterbildung über die Institutionen einer demokratischen Gesellschaft sowie über die Möglichkeiten der eigenen Interessenvertretung soll gestärkt werden. So finden Diskussionsrunden mit den politischen Parteien statt, den Aussiedlern wird geholfen, praktische Erfahrungen bei der Werbung für ihre Projekte zu sammeln. Die Mitglieder des „Freien Forums“ nehmen am Migrantensbeirat und an den Sitzungen des Ausschusses Integration der BVV teil.

Konkrete Projekte

Das Projekt AOA – Aussiedler orientieren Aussiedler

Das Projekt AOA, Aussiedler orientieren Aussiedler, ist ein aus der Aktivierung der Aussiedler entstandenes Projekt. Die Projektidee wurde vom „Freien Forum der Aussiedler“ entwickelt und mit der Unterstützung der QuartiersAgentur formuliert. Der Grundgedanke basiert auf der Überlegung, dass die schon seit längerer Zeit hier lebenden Aussiedler, die sowohl aus eigener Erfahrung die „Stolpersteine“ der Integration als auch die Mentalität und Sprache ihrer Landsleute kennen, ihnen bei der Integration hilfreich beistehen. Im Vordergrund stehen dabei die Weitergabe des Erfahrungsschatzes der schon länger in Deutschland lebenden Spätaussiedler an die Neubürger ebenso wie ihre Vermittlung an Institutionen und Personen, die für bestimmte Angelegenheiten oder Fragen zuständig sind. Das Projekt steht nicht in

Konkurrenz zu bestehenden Angeboten, sondern ist als notwendiges Gelenkstück zwischen allen bestehenden Integrationsbemühungen seitens des Bezirks, der freien Träger, der Initiativgruppen und der Bewohner/innen zu verstehen. Gegenwärtig werden Möglichkeiten der Finanzierung und Trägerschaft ausgelotet und Räumlichkeiten gesucht.

Das Kunstprojekt „Jahrtausendtore“

Das Quartiersmanagement Marzahn NordWest unterstützt die Selbsthilfegruppe „Kommunikationsstätte für junge Aussiedler“ der urbanconsult gGmbH. Junge Zuwanderer haben die Projektidee selbst entworfen, Räume in einer leerstehenden Kita in ihrer Freizeit umgebaut und leisten dort jetzt ehrenamtlich Arbeit. In Zusammenarbeit mit der QuartiersAgentur und einer Künstlerin wurde für den Stadtteil ein Kulturprojekt realisiert. In einem neu zu gestaltenden Park sollen Plastiken, die so genannten Marzahner Jahrtausendtore, aufgebaut werden. Die Tore stellen einen Übergang zu den angrenzenden Stadtteilen dar und laden die Bewohner/innen symbolisch zu einem Besuch des Parks ein. Mit der Aktion wurde gleichzeitig ein wichtiger Beitrag für das Zusammenleben und die Integration im Stadtteil geleistet. Über das gemeinsame Tun kommen sich die Schüler/innen unterschiedlicher Kultur und Herkunft näher, es wird durch gemeinsames, kreatives Arbeiten etwas Verbindendes geschaffen.

Für das Quartiersmanagement hatte die Unterstützung der Projekte zur Selbsthilfe von Anfang an Priorität. Diese Herangehensweise entspricht der Schwerpunktsetzung in der Integrationspolitik, die vom Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung, Johann Welt, als „Hilfe zur Selbsthilfe“ formuliert wurde.

Die gestiegene Aktivität der Aussiedler selbst sowohl bei der Gestaltung der Integrationsarbeit als auch bei der Teilnahme am gesellschaftlichem Leben im Stadtteil ist als Zeichen der erfolgreichen Integration zu werten. Durch die Erschließung weiterer Selbsthilfepotenziale, wie z. B. der noch engeren Zusammenarbeit verschiedener Projekte, soll die Integrationsarbeit in Marzahn NordWest erfolgreich weitergeführt und Verbesserungsstrategien noch besser umgesetzt werden.

Kontakt:

Quartiersagentur Marzahn NordWest
Wörlitzer Straße 3a
12689 Berlin
Tel.: 030-93 49 22 19
Fax: 030-93 49 22 24
e-mail: Quartiersagentur@UrbanPlan.de

Dr. Hilka Ehlert

Die „Kommunikationsstätte für jugendliche Aussiedler/-innen“ – Möglichkeiten der Integration von Aussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion

Die urban-consult gGmbH

Die urban-consult gGmbH beschäftigt sich seit ihrer Gründung im Jahre 1991 mit Problemen von Ausländern und Aussiedlern insbesondere in den Bezirken Marzahn und Hellersdorf von Berlin. Anfangs waren es analytische Arbeiten, aus denen dann praktische Projekte zur Unterstützung der Integration von Migranten, darunter Aussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion, resultierten: Das reichte von der Betreuung von Kriegsflüchtlingen in Kinderzimmern in mehreren Wohnheimen über die Beratung, Betreuung und Begleitung von Neukömmlingen durch die Behördenwelt Berlins bis hin zur Sozial- und Rechtshilfeberatung im Projekt „Pro Migrant“, das im Bezirk Hellersdorf seine Wurzeln hat.

Zur Förderung der Selbsthilfepotenziale wird diese Arbeit in vielen Fällen von Aussiedlern oder Ausländern, die in diese Projekte integriert sind, selbst geleistet. Außerdem sucht urban-consult die Kooperation mit anderen Projekten, z.B. WINDROSE e.V. und Europa für Kinder – Kinder für Europa e.V.

Die „Kommunikationsstätte für jugendliche Aussiedler/innen“

Im November 1999 entstand der Kontakt zu einer Gruppe jugendlicher Aussiedler/innen in Marzahn-Nord. Sie hatten die Idee, ein „Jugendhaus der internationalen Kultur“ zu gründen und baten um Unterstützung bei der Realisierung. Sie begründeten ihr Vorhaben damit, dass viele Angebote in der Migrantenarbeit an den realen Interessen und Integrationsanforderungen der Aussiedler vorbei gingen. Sie würden „für Aussiedler“ organisiert, aber ohne Berücksichtigung der Meinung der Aussiedler/innen selbst bzw. ohne deren Miteinbeziehung an der Organisation und Durchführung von Veranstaltungen.

Die jungen Aussiedler/innen wollten selbst für ihre Integration aktiv werden, indem sie ein „Haus“ schufen, das für alle geöffnet ist, egal ob Aussiedler, Ausländer oder Einheimischer.

Die urban-consult gGmbH setzte sich für diese Idee ein und organisierte zusammen mit dem Arbeitsamt-Ost eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, deren Mitarbeiter/innen die Jugendlichen unterstützten. In der Kölpiner Straße 9 entstand die „Kommunikationsstätte für jugendliche Aussiedler“ in Marzahn-Nord, die im Frühjahr 2000 ihre Pforten für die Öffentlichkeit öffnete.

Angebote der Kommunikationsstätte

Grundlage der Arbeit in der Kommunikationsstätte sind die Wünsche, Vorhaben und Aktivitäten der Jugendlichen und jungen Erwachsenen selbst. Das Credo ihres Tuns fassten die Jugendlichen wie folgt zusammen: „Unser junges Projekt soll jugendlichen Aussiedler/innen helfen, sich besser in der neuen Heimat zurecht zu finden, Kontakte mit anderen Jugendlichen zu schließen. So wollen wir gemeinsam interessante Veranstaltungen organisieren, bei denen jeder Spaß hat, aber auch etwas lernen kann.“

Es wurden Angebote zur Lösung von Problemen des Zusammenlebens auf der Grundlage von Toleranz und gegenseitiger Achtung entwickelt. Bei dieser Freizeiteinrichtung stellte sich nie die Frage, ob sie von den Jugendlichen „angenommen“ würde. Da die Jugendlichen selbst die Initiatoren waren, gestalteten und renovierten sie ihre Räume selbst und bestimmten die Inhalte. Zugleich nahmen sie mit anderen Vereinen, Jugendeinrichtungen etc. Kontakt auf, zum Erfahrungsaustausch und der gemeinsamen Gestaltung interessanter Veranstaltungen.

Gruppen für PC-Arbeit, Sport, Computermusik, Konversationsübungen, ein Schachzirkel und vieles mehr entstanden, ein Mädchenklub wurde gegründet, Diskussionsangebote und Info-Veranstaltungen entwickelt. So fanden Veranstaltungen mit Bezirkspolitikern und Fachleuten zu Themen wie „Arbeitsplätze in Europa für junge Leute“, „Rechtsextremismus – was ist das?“, „Integration, Migration, soziale Isolation, Assimilation – was haben wir in Marzahn?“ statt.

Die Jugendlichen führten gemeinsame Ausflüge durch, auch in andere Bundesländer. Sie beteiligten sich an verschiedenen gesellschaftlichen Projekten wie dem bereits vorgestellten (s. Beitrag Reiser) Kunstprojekt „Jahrtausend-tore“ in Marzahn-Nord und an einem Jugendaustausch im Rahmen des Programms „Jugend für Europa“ mit spanischen Besucher/innen. Während dieses Austauschs wurde gemeinsam am Kunstprojekt „Lebenslinien“ gearbeitet.

Die Kommunikationsstätte als „offenes Haus“ im Gebiet

Da es sich um ein offenes Haus handeln sollte, wurde natürlich auch Öffentlichkeitsarbeit betrieben. Die Jugendlichen organisierten Treffen mit Jugendprojekten aus dem Umfeld. Gemeinsam mit Besuchern der unmittelbar benachbarten „Blockhütte“, die von „Outreach“ betreut wird, fanden Fußballturniere, Grillfeste u.ä. statt. Kontakte gibt es darüber hinaus zum Schülerklub einer Hauptschule in der Umgebung.

Gern gesehen sind im Haus die einheimischen jüngeren Jugendlichen aus der Nachbarschaft, die bis 20 Uhr die Räume nutzen dürfen, dabei an den Computern spielen und arbeiten, mit den Betreuerinnen – zum Teil auch gemeinsam mit den jungen Erwachsenen – basteln und kochen.

Mehrere Veranstaltungen fanden im Haus gemeinsam mit den Eltern der jungen Leute statt, ihnen wurde der Club vorgeführt, den sich ihre Kinder aufgebaut hatten. Feiern mit Freunden zum Geburtstag oder ähnlichen Anlässen gehören zum Cluballtag.

Seit der Eröffnung der Freizeitstätte kommen täglich ca. dreißig Jugendliche in die Einrichtung und nutzen die Angebote.

Integrativ wirkt besonders die Vereinbarung des Klubs, im Beisein von einheimischen Deutschen nur deutsch zu sprechen. Ein Sparschwein steht bereit, die symbolische Strafe aufzunehmen, wenn gegen die Verabredung gehandelt wird.

Engagement der Jugendlichen für ihr Projekt

Bis Januar 2000 wurde die Kommunikationsstätte von den Mitarbeiter/innen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahme begleitet. Die Beendigung der Maßnahme fiel zusammen mit der möglichen Kündigung der Räume durch das Bezirksamt Marzahn, da der Mietvertrag nur befristet abgeschlossen worden war. Die Suche nach neuen Räumen beschäftigte die Jugendlichen und die Verantwortlichen der urban-consult gGmbH längere Zeit. Es wurden intensive Gespräche mit Vertreterinnen des Jugendamtes und der Migrantenbeauftragten des Bezirkes geführt, an denen die betroffenen Jugendlichen aktiv teilnahmen. Ebenfalls verfassten die Jugendlichen mehrere Schreiben, in denen sie den Erhalt der Kommunikationsstätte forderten. Schließlich wurde eine Verlängerung der Nutzungsfrist bis zum Jahresende 2001 gewährt. In diesem Ringen um ihre „Kommunikationsstätte“ bewiesen die Jugendlichen viel

Eigenengagement.

Die Beendigung der ABM hatte aber auch zur Folge, dass die Jugendlichen eigenverantwortlich ihre Stätte hätten verwalten müssen. Dies gelang nur teilweise. So wurde von den Jugendlichen der Club „New Age“ gegründet, der jedoch nur informellen Charakter hat. Das Vorhaben, einen eingetragenen Verein ins Leben zu rufen, wurde wegen des bürokratischen Aufwandes nicht energisch genug weiter verfolgt.

Auch in den Außenbeziehungen ist die helfende Hand eines freien Trägers immer noch erforderlich, genauso wie in der Organisation der täglichen Clubarbeit. Deshalb erklärten sich zwei ehemalige Mitarbeiterinnen (darunter eine Aussiedlerin) bereit, auf ehrenamtlicher Basis die Jugendlichen weiter zu begleiten, bis sie im August 2001 in einem SAM-Projekt wieder eine bezahlte Stelle antreten konnten.

Finanzierung

Zur eigenständigen Finanzierung ihres Klubs sind die Jugendlichen noch nicht in der Lage. Die hochgreifenden Ideen aus dem ursprünglichen Konzept, wie Einrichtung eines Kiezcafés, einer Haarboutique oder eines Reisebüros für Geringverdiener, sind dem Alltag gewichen, in dem die jungen Leute eine Ausbildung absolvieren bzw. einer Arbeit nachgehen. Die Finanzierung läuft über geförderte Projekte. Dank einer Vereinbarung mit dem Jugendamt Marzahn-Hellersdorf müssen nur die Nebenkosten als Miete abgeführt werden. Die Kosten für den Betrieb des Klubs müssen durch Eigenleistung, Eigenbeteiligung, aber auch durch Akquisition von Drittmitteln abgesichert werden.

Die Beteiligung an verschiedenen Ausschreibungen brachte finanzielle Unterstützung seitens der Aktion „Sterntaler“ des SFB und aus dem Quartiersfonds der Quartiersagentur Marzahn-NordWest. Diese Mittel wurden für die Ausstattung mit Tontechnik, Videotechnik und Sportgeräten eingesetzt.

Soll der Klub als Bestandteil des in Marzahn-Nord angedachten „Hauses der Kommunikation und Beratung“ möglichst lange weiter bestehen, müssen neue Finanzierungsquellen erschlossen werden, da die Arbeitsmarktförderung keine stabile Basis bilden kann.

Auswirkungen der Kommunikationsstätte für den Kiez

Die Arbeit der Kommunikationsstätte hat in den vergangenen beiden Jahren viele positive Effekte für den Kiez ausgelöst. So musste das leerstehende Kita-Gebäude, in dem das Projekt

wirkt, nicht vernagelt werden, wodurch möglichem Vandalismus ein Riegel vorgeschoben wurde. Die jungen Aussiedler/innen und einheimischen Jugendlichen aus dem Wohngebiet haben eine Freizeitstätte gefunden, die ihnen sinnvolle Beschäftigung bietet und in der sie selbstbestimmt ihren Neigungen nachgehen können.

Das Leben im Wohngebiet ist offenbar ruhiger geworden, seit die Freizeitstätte zur Verfügung steht. Die Befürchtung, dass durch die Einrichtung der Kommunikationsstätte anderen Projekten Klienten abgezogen werden könnten, haben sich nicht bestätigt. Der Bedarf an Freizeitplätzen war größer als das Angebot.

Darüber hinaus ist es eine anerkannte Tatsache, dass Jugendliche „ihren“ Klub haben wollen, in dem sie sich angenommen fühlen. Der Versuch, sie auf andere Einrichtungen im Bezirk „umzulenken“, ist meist von Misserfolg gekrönt.

Kooperationen

Bewährt hat sich in allen Entwicklungsetappen des Projektes die enge Kooperation sowohl mit den Behörden des Bezirkes als auch mit dem Arbeitsamt und mit anderen freien Trägern aus dem Umfeld. Ohne das Jugendamt, die Migrantenbeauftragte, den Jugendhilfeausschuss, ohne die Unterstützung seitens der QuartiersAgentur Marzahn-NordWest hätten die Jugendlichen nicht so rasch ihre Kommunikationsstätte aufbauen können. Inhaltlich wurde der Aufbau der Kommunikationsstätte von Einrichtungen wie „Windrose“, Gesellschaft für angewandte Jugendforschung, „Kiek in“, „Outreach“, Internationaler Bund für Sozialarbeit (IB) und anderen unterstützt.

Aufgaben für die Zukunft

Aufgaben für die Zukunft leiten sich in erster Linie aus der Lebenssituation der jungen Leute im Wohngebiet ab. Neben der Freizeitgestaltung mit anderen Jugendlichen stehen Aktivitäten zur Vermittlung in Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnisse weiterhin im Mittelpunkt. Durch aktive Unterstützung der Bewerbungsaktivitäten konnten bereits mehrere Jugendliche eine Ausbildung aufnehmen.

Darüber hinaus geht es um die Stabilisierung der räumlichen Situation. In diesem Zusammenhang steht die Erweiterung der Angebotspalette mit neuen Zirkeln, kulturellen Veranstaltungen, thematischen Diskussionen und sportlichen Aktivitäten, z.B. bemühen sich die Mädchen einer Tanzgruppe schon lange um

einen Übungsraum. Ebenso will der jetzt schon technisch sehr versierte Videozirkel unter der Regie einer Fachkraft das Leben der jugendlichen Aussiedler/innen in der neuen Heimat auf einem Videofilm dokumentieren.

Kontakt:

Kommunikationsstätte für junge Aussiedler
urban-consult gGmbH
Blumenberger Damm 12–14
12683 Berlin
Tel.: 030-9309348
Fax: 030-9309348
e-mail: urban-consult@t-online.de

Peter Grünheid, Markus Kissling

Stadtteilmanagement in Wolfsburg-Westhagen – Ein Stadtteil entwirft sich neu: Das Projekt „Weihnachten in Westhagen“

Was ist Glück?

Was hat Glück mit Sanierung zu tun?

Was hat Glück mit Integration zu tun?

Ein Stadtteil macht sich auf die Suche.

Ein kalter und dunkler Winter – noch kälter und dunkler zwischen den Häuserschluchten der Hochhaussiedlung. Doch da, mitten im „Herzen der Finsternis“: Lichtspiele über der Skyline von Wolfsburg-Westhagen.

Die hohen und lang gezogenen Gebäudekomplexe, die Wahrzeichen von Westhagen, werden abends zur weithin sichtbaren Leinwand für ein einzigartiges Schauspiel: Eine Fülle von Bildern und Ideen erfüllt sie allabendlich mit immer neuen Farben und Formen.

Also einmal mehr eine Illumination und Stadtinszenierung? Ja auch, aber im Kern etwas ganz anderes. Diese Inszenierung ist nur der leuchtendste Teil eines viel umfassenderen Projekts.

Diese Projektionen sind nicht etwa die Werke von Profis – nein, ausnahmslos von den Bewohner/innen dieses Stadtteils stammt diese Vielzahl von Vorstellungen, Bildern und Texten. Ihnen allen liegt eine Frage zugrunde: „Was ist Glück für Sie?“

Die Antworten darauf entwerfen allabendlich eine weithin strahlende Einladung, den Stadtteil in neuem Licht zu sehen.

Wolfsburg-Westhagen

Westhagen wurde Ende der sechziger Jahre nach dem städtebaulichen Leitbild „Urbanität durch Dichte“ erbaut und war ursprünglich für 12000 Bewohner/innen geplant. Heute leben 9600 Menschen hier, in manchem zehnstöckigen Gebäude nur noch vier oder fünf Haushalte. 17 Prozent der Einwohner kommen aus 56 Nationen. Der geschätzte Bevölkerungsanteil von russland-deutschen Spätaussiedler/innen beträgt ca. 40 Prozent. Arbeitslosigkeit und der Anteil an Sozialhilfeempfänger/innen liegen deutlich über dem Durchschnitt der Gesamtstadt. Anonymität und Alkoholismus sind nur zwei Resultate der Schwierigkeiten, die sich hier im Verlauf der letzten dreißig Jahre ballten.

Westhagen ist vergleichbar mit vielen Stadt-



teilen aus den siebziger Jahren, so genannten Trabantenstädten. Ganz gezielt an diese Stadtteile richtet sich das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“.

Im Sinne des Förderprogramms „Soziale Stadt“ kann eine nachhaltige Veränderung nur durch eine integrierte Vorgehensweise erfolgen, in der soziale, wirtschaftliche und städtebauliche Maßnahmen miteinander verbunden werden. Dabei ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Bürger/innen an diesem Prozess tatsächlich und nicht nur pro forma beteiligt werden. Der Aufbau eines funktionierenden Bürgernetzwerkes ist die Basis des gesamten Prozesses. Seit dem Jahr 2000 ist Westhagen in das Förderprogramm „Soziale Stadt“ aufgenommen.

Das Netzwerk SPACEWALK betreibt seit dem 1. Mai 2000 das Stadtteilmanagement. Kern des Gesamtprojektes ist es, allen Beteiligten einen Weg ins Zentrum zu ermöglichen und so an dessen Gestaltung mitzuwirken. Dies geschieht auf der Basis eines integrierten Handlungskonzepts.

SPACEWALK

1999 gab es eine europaweite Ausschreibung für die Durchführung des Stadtteilmanagements in Westhagen. Aus über fünfzig Mitbewerbern wurde SPACEWALK von der Stadt Wolfsburg und Vertreter/inne/n aus Westhagen ausgewählt.

SPACEWALK ist ein international tätiges Netzwerk aus Künstler/inne/n, Wissenschaftler/inne/n und Pädagog/inn/en aus verschiedenen Kulturkreisen und entwirft seit zehn Jahren Kulturprojekte im gesellschaftlichen Raum.

SPACEWALK hat es sich zur Aufgabe gemacht, bei Menschen unterschiedlichster Herkunft kreative und kommunikative Potenziale zu entwickeln und zu fördern. Ziel ist es, die Menschen ihre Kreativität und Kommunikationsfähigkeit als Rüstzeug und Möglichkeit entdecken zu lassen, um sich selbst und ihr gesellschaftliches Umfeld zu verändern und zu verbessern.

SPACEWALK arbeitet dabei mit Mitteln und Methoden aus Theater, Tanz, Musik, Video und bildender Kunst, begibt sich damit in soziale Spannungsfelder und an soziale Knoten- und Brennpunkte und arbeitet dort mit den Menschen vor Ort an der Förderung und Verbesserung von Kommunikation und Kreativität.

Für die Dauer des auf drei Jahre angelegten Stadtteilmanagements in Westhagen ist SPACEWALK nicht der Stadtverwaltung angegliedert, sondern versteht sich als selbständiger und unabhängiger Dienstleister. So räumt der Vertrag zwischen der Stadt Wolfsburg und SPACEWALK beiden Parteien das Recht ein, ihn nach jedem Jahr nicht zu verlängern, sollten die Bedingungen für eine fruchtbare Zusammenarbeit nicht mehr gegeben sein.

Das Stadtteilbüro im Zentrum Westhagens ist von zwei Mitarbeiter/inne/n besetzt; während der Projektphasen kommen bis zu zwanzig weitere Mitarbeiter/innen des Netzwerkes in den Stadtteil, wo sie für die Dauer der Projekte im Zentrum von Westhagen leben.

Wege ins Zentrum

„Wege ins Zentrum – Das Westhagen-Projekt“ ist die Konzeption, mit der sich SPACEWALK in Wolfsburg vorgestellt hat. Der Kern des gesamten Projekts ist es, allen Beteiligten einen Weg ins Zentrum zu ermöglichen, um gemeinsam im Rahmen von acht Handlungsfeldern an dessen Gestaltung mitzuwirken. Dabei

Acht Handlungsfelder:

1. Städtebau
2. Bürgermitwirkung
Stadtteilleben
3. Lokale Wirtschaft, Arbeit
4. Wohnen
5. Wohnumfeld, Ökologie
6. Soziales, Kultur, Bildung
7. Stadtteilzentren
8. Image, Identifikation

ist der Begriff „Zentrum“ sowohl ganz real als auch im übertragenen Sinne zu verstehen. Das Projekt zeichnet sich dadurch aus, dass es auf allen Ebenen Möglichkeit zur Beteiligung anbietet: von niederschweligen Angeboten vor Ort für den einzelnen Bürger bis hin zu hochprofilierten baulichen, wirtschaftlichen, sozialen und künstlerischen Einzelprojekten und Maßnahmen. Alle Einzelaktivitäten werden in das Gesamtprojekt eingebunden. Dadurch werden langwierige Prozesse beschleunigt, vernetzt und verstärkt. Dabei ist die überregionale Resonanz des Projektes ein wichtiger Faktor für

seinen Erfolg.

SPACEWALK bietet als Stadtteilmanagement Westhagen:

- eine Schaltstelle für alle Belange zwischen der Stadt Wolfsburg und Westhagen,
- die Koordination und Bündelung der Kräfte und Akteure, die in Westhagen tätig sind,
- eine Dynamisierung der Entwicklungen im Stadtteil durch Einbindung der Bevölkerung und der verschiedenen Initiativen und Organisationen in ein künstlerisches Projekt,
- eine Erhöhung der Effektivität der verschiedenen Aktivitäten durch Vernetzung

Der mit der Stadt Wolfsburg vereinbarte Vertrag beinhaltet weiterhin folgende Ziele:

- Verbesserung der Lebensqualität für die Bewohner/innen des Stadtteils, d.h. ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage,
- die Befähigung der Bewohner/innen des Stadtteils, aktive Akteure der Stadtentwicklung zu werden,
- die Verbesserung der Außenwahrnehmung des Stadtteils und damit die Einleitung eines positiven Entwicklungsprozesses für Westhagen.

Ein Schwerpunkt der Arbeit ist der Arbeitskreis, ein Gremium aus Personen, die in Westhagen wohnen oder arbeiten (auch als Vertreter/innen z.B. von Schulen oder Institutionen). Der Arbeitskreis ist das zentrale Organ der Mitbestimmung und Bürgerbeteiligung bspw. bei der städtebaulichen Rahmenplanung. Innerhalb des Arbeitskreises gibt es Interessengemeinschaften zu verschiedenen Themen, z.B. IG Integration, IG Senioren, IG Kinder und Jugendliche usw.

Grundlegend ist außerdem die Überzeugung, dass Integration ein Prozess ist, der mehrere Seiten betrifft: Integriert werden kann nur, was vorher klar definiert ist. Daraus ergibt sich bspw., dass jede Gruppe ihren Raum braucht. Für die verschiedenen Gruppen wie auch für den Stadtteil selber gilt: Die Betonung der eigenen Stärken ist wirksamer als das Bekämpfen negativer Bilder oder das Festhalten an Problemen.

Die Methode: ein gemeinsames kulturelles Projekt als Quelle und Motor

Der besondere und in verschiedenen Zusammenhängen erfolgreich umgesetzte Arbeitsansatz von SPACEWALK besteht darin, die Vielzahl der Probleme nicht frontal anzugehen, sondern zusammen mit den Beteiligten ein gemeinsames Drittes – ein kulturelles Projekt – zu entwerfen.

Auf dem Weg zu diesem selbstbestimmten Ziel werden soziale Umgangs- und Kommunikationsformen entwickelt, gefördert und eingeübt. Durch diese projektorientierte Form des Stadtteilmanagements ist die soziale Erneuerung von Westhagen gleichsam das Nebenprodukt eines lustvollen und spannenden Prozesses, an dem sich alle beteiligen können.

Mit diesem Ansatz ist es SPACEWALK gelungen, neue Impulse in unterschiedlichste soziale Spannungsfelder zu bringen.

Das Projekt – „Weihnachten in Westhagen“

1. „Ausgehen von dem, was da ist“, heißt ein Grundsatz von SPACEWALK.

„Zu groß, zu hoch, zu breit, zu klotzig, zu grau!“ – die beiden von Weitem sichtbaren Wohnkomplexe, das Wahrzeichen von Westhagen, gelten vielen als die Schandflecken, als das eigentliche Problem dieses Stadtteils. Dort scheinen sich die baulichen und sozialen Probleme zu bündeln. Die beiden massiven Häuserfronten sind gleichsam die Projektionsfläche für alle negativen Assoziationen und Vorurteile in und um Westhagen.

Genau das macht sich das Projekt zunutze: Es nutzt diese Gebäude ganz real als Leinwand für die neuen, künstlerischen Projektionen der Bewohner/innen des Stadtteils.

„Weihnachten in Westhagen“ benutzt, was da ist, Positives wie Negatives (die Vorstellungskraft von 10 000 Menschen aus verschiedenen Nationen auf der einen, Dunkelheit, Unübersichtlichkeit, Mangel an öffentlichem Leben auf der anderen Seite) und macht etwas Drittes daraus. Es wirft ein in jeder Hinsicht neues Licht auf die Situation.

2. Ein gemeinsames Ziel

„Weihnachten in Westhagen“ gibt dem Gesamtprozess eine Struktur, indem es ein gemeinsames räumliches Zentrum (Marktplatz) und zeitliches Ziel (Weihnachten) definiert.

3. Übertragung auf die Gesamtsituation

Das kulturelle Projekt „Weihnachten in Westhagen“ enthält modellhaft und überschaubar die Kernkomponenten der acht Handlungsfelder des integrierten Handlungskonzepts von Gestaltung über Belebung des Zentrums, über die Integration der verschiedenen Einwohnergruppen und Gewerbeförderung bis hin zur Imagepflege und Öffentlichkeitsarbeit.

Das gemeinsame kulturelle Projekt ist der

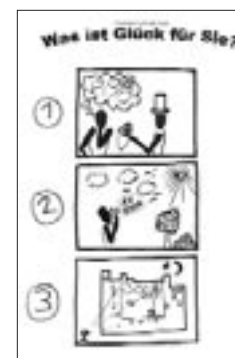
Vermittler zwischen den acht Handlungsfeldern und den Akteuren im Stadtteil (Einwohner/innen, Stadt, Gewerbe, Einrichtungen und Wohnbaugesellschaften). Mit „Weihnachten in Westhagen“ wurde ein gemeinsamer neutraler Raum geschaffen, der jedem Akteur vom Asylbewerber bis zur Wohnbaugesellschaft die Möglichkeit gab, sich zu beteiligen, sich selbst auszudrücken und seine eigenen Vorstellungen und seine eigene Kompetenz und Fähigkeit einzubringen und darzustellen.

Ablauf: „Westhagen sucht das Glück“



Drei Monate lang gingen die Mitarbeiter von SPACEWALK als „Glücksforscher/innen“ von Tür zu Tür. Nach einem Zufallsprinzip wurden Straßennamen und Hauseingänge bestimmt, in denen die Bewohner/innen befragt werden sollten. Und dann standen sie plötzlich vor der Tür und fragten: „Was ist Glück für Sie?“ und „Что это СЧАСТЬЕ“ Unterstützt durch Piktogramme und Fragebögen gelang es ihnen, auch mit Westhagener/innen ins Gespräch zu kommen, die des Deutschen nicht vollkommen mächtig waren. Alle sollten an dem Projekt teilnehmen können. Und Westhagen suchte. „Die Glücksforscher sind da!“ hallte es durch die Treppenhäuser. „Ja, was ist eigentlich Glück?“ ... „Ist Glück Zufriedenheit oder mehr?“ ... „Ohne Gesundheit ist alles nichts.“ Aus ersten, schnellen Antworten entstanden oft lange Gespräche über das Wesen des Glücks.

Die Westhagener waren Glücksexperten und fotografierten ihre Bilder vom Glück mit dem Fotoapparat, den die Glücksforscher mitgebracht hatten. Mit ihren Bildern – insgesamt



weit über tausend – brachten sie Westhagen zum Leuchten. Die Bilder wurden vom 1. bis zum 24. Dezember im Rahmen einer Lichtinstallation auf die Hochhäuser am Marktplatz von Westhagen projiziert. Es entstanden Themen- oder Gruppenabende, die bspw. von Schulklassen, Vereinen, religiösen Gemeinschaften oder einer Gruppe Spätaussiedler gestaltet wurden. Schulen hatten sich in Projekttagen mit dem Thema „Glück“ beschäftigt, es gab einen Glückssong, der aus den Aussagen zum Glück komponierte worden war. Zu den Aktionen trafen sich in der Vorweihnachtszeit jeden Abend ein paar Dutzend bis einige hundert Menschen auf dem Marktplatz. In einem Zirkuszelt feierten sie anschließend ihr ganz persönliches Weihnachtsfest. Insgesamt haben über 10 000 Menschen die Projektionen besucht.

Die Atmosphären aus Licht, Bildern, Worten und Musik erfüllten einen Monat lang das Zentrum von Westhagen und machten es zu einem hellen und warmen Ort, an dem sich jeder wiederfinden konnte.

Ausblick – Westhagen baut

Die Zwischenbilanz nach eineinhalb Jahren Stadtteilmanagement zeigt, dass in vielen Bereichen die Erfolge das Maß dessen überschreiten, was vorher für möglich gehalten wurde.

Als zentraler Punkt hat sich das in den Köpfen feststehende Negativbild des Stadtteils erwiesen, der dank des Kulturprojektes in ein völlig anderes Licht getaucht wurde. Gerade auch die überregionale Resonanz (mit Berichten in der WELT, der BILD-Zeitung und auf RTL) lassen die Westhagener ihren Stadtteil anders erleben.

Der Hauptauftrag des Stadtteilmanagements, den Wegzug von Westhagen zu stoppen, wurde voll und ganz erfüllt. Der Arbeitskreis ist auf ca. neunzig Teilnehmer/innen angewachsen und gut strukturiert. (Ein Verfügungsfond von EUR 10.225/p.a. steht für Projekte des Arbeitskreises bereit.) Etwa 150 Einwohner/innen aus verschiedenen Ländern beteiligen sich regelmäßig an verschiedenen Arbeitsgruppen.

Vorläufiger Höhepunkt war eine spontane Demonstration für Frieden und Toleranz als Reaktion auf die Anschläge vom 11. September. Statt eines Stadtteilfestes zogen über 600 Bürger aus 40 Nationen bei strömendem Regen gemeinsam durch Westhagen, um ein Zeichen für Toleranz und ein friedliches Miteinander zu setzen.

Gleichwohl ist das Gesamtverfahren gerade erst am Anfang. Gemeinsam mit den Stadtplaner/innen und Architekt/inn/en der GRUPPE

PLANWERK Berlin gilt es, die bereits begonnene städtebauliche Sanierung unter tatsächlicher Beteiligung der Bewohner/innen voran zu bringen.

Folgerichtig wechselt die Projektebene, wie das Gesamtverfahren, vom reinen Entwerfen (Projektionen des Glücks) zum konkreten Umsetzen und Bauen. Die neue Leitfrage zielt auf einen Ort, an dem nach Ernst Bloch noch keiner war, den es vielmehr noch zu errichten gilt: „Was ist Heimat für Sie?“

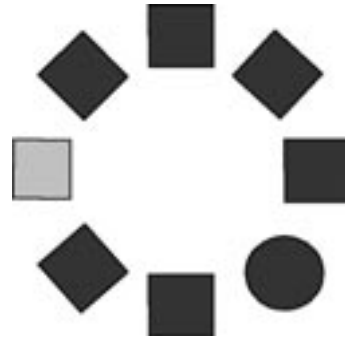
© SPACEWALK 2002

Kontakt:

projekt westhagen
Dessauer Straße 22
38444 Wolfsburg
Tel.: 05361-77 95 59
Fax: 05361-77 95 60
e-mail: spacewalk@t-online.de

**Workshopergebnisse
der Open Space
Veranstaltungen**

Soziale Integration junger Migranten, Aussiedler und ihrer Familien in E&C Gebieten



1. Migrantenintegration und Vorbehalte benachteiligter Deutscher

Gerade sogenannte Modernisierungsverlierer, Transferleistungsbezieher und generell Menschen, die nicht an gesellschaftlichen Produktionsprozessen teilnehmen, haben häufig stereotype Einschätzungen und Vorbehalte gegen Migranten. Förderprogramme (EU und arbeitsmarktlich) sind häufig auf spezielle Zielgruppen ausgerichtet, eine Tatsache, die die komplexen Integrationsprozesse nicht gerade fördert. Die Förderprogrammkompatibilität, also, wer in welches Programm passt, erfordert ein flexibles Agieren und eine Anpassung der Förderungskriterien an die realen Bedürfnisse vor Ort.

Wenn Jugendliche Vorbehalte gegen Migranten haben, ist dies unter anderen, eher lebenssituationsspezifischen Aspekten zu betrachten. Diesen Vorbehalten kann durch gezielte Intervention z.B. bei Sportveranstaltung, an denen unterschiedliche ethnische Gruppen teilnehmen, begegnet werden.

Eine veränderte Arbeitsmarktpolitik, die auch Langzeitarbeitslosen und weniger Qualifizierten die Teilnahme am Berufsleben bzw. an Ausbildungsmaßnahmen ermöglicht, ist der vielversprechendste Lösungsansatz, um Vorbehalte gegen Migranten bei benachteiligten Deutschen abzubauen. Dabei sind subventionierte Billigjobs eindeutig den herkömmlichen Instrumentarien der Arbeitsmarktpolitik vorzuziehen.

Im Bereich der Jugendarbeit sind niedrigschwellige, mobile Angebote zur kulturell vielfältigen, von diversen ethnischen Gruppen organisierten Freizeitgestaltung im Quartier unverzichtbar.

Allgemein kann das Gefühl der benachteiligten Deutschen und Jugendlichen, dass sie in ein „Ghetto“ abgeschoben werden, bzw. dass ihr Quartier durch den Zuzug von Migranten an Wohnqualität verliert, langfristig nur durch einen positiven Image-Wandel des Quartiers abgeholfen werden.

Einberufer: Klaus Hagedorn

2. Integration in Ostdeutschland

Die Situation von jugendlichen Aussiedlern in Ostdeutschland ist geprägt von der Organisation der Jugendlichen in z.T. mafia-ähnlichen Organisationen. Viele der jungen Erwachsenen leben unfreiwillig in Deutschland – sie kämpfen oft um den Erhalt ihrer gewohnten Identitäten, bzw. müssen neue Lebensentwürfe entwickeln und veränderte Identitäten aufbauen. Die einheimische Bevölkerung hat Angst vor den Fremden, die Aussiedler müssen oft als Sündenböcke für die eigenen, benachteiligten Lebensumstände herhalten.

Einige Beispiele aus der Praxis zeigen, dass lokal organisierte Selbsthilfeorganisationen und Kulturprojekte die Akzeptanz für die Spätaussiedler in der einheimischen Bevölkerung fördern können. So werden in Schwedt die neuankommenden Aussiedler von zwei Spätaussiedler/innen in Empfang genommen, die sie in den deutschen (Behörden)Alltag einführen. In Leipzig entstand ein Erzählcafe, das von Student/innen betreut wird, dort gibt es ebenfalls einen Bürgertreff mit Internetcafe. Ein Beispiel gelungener Integration ist ein Kleingartenverein, der als ein Stück „deutscher Kultur“ Aussiedler und Deutsche verbindet, ebenso die Organisation eines interkulturellen Adventsmarkts und Herstellung und Vertrieb von zweisprachigen Zeitungen.

Der Kontakt zwischen jugendlichen Aussiedlern und der einheimischen Jugend findet meist in den Schulen statt. Hier ist die Miteinbeziehung der Lehrer/innen wichtig, die über die Lage der jugendlichen Aussiedler informiert sein müssen und die Hintergründe ihrer Lebenssituation und Geschichte kennen sollten.

Kontakt findet auch vorrangig in den Sprachkursen statt, ebenso in DAZ-Klassen / Deutsch als Fremdsprache-Kursen. Die Sportsozialarbeit der Deutschen Sportjugend ist in diesem Zusammenhang positiv hervorzuheben.

Für das Quartiersmanagement stellt sich die Frage, wie eine Beteiligung der Migranten/Aussiedler im Quartier erreicht werden kann. In einem Quartier wurde dazu eine Fragebogenaktion gestartet mit dem Thema „Was denkt ihr

über uns?“, an der sich Migranten/innen und Deutsche beteiligten. In der Stadtteilzeitung eines anderen Quartiers wurden die Lebensgeschichten von Aussiedlern abgedruckt, um so über die Situation der Aussiedler/innen zu informieren.

Eine ganz praktische Aufgabe des Quartiersmanagements liegt in der Vermittlung zwischen den Sozialarbeiter/innen unterschiedlicher Clubs. Ebenso kann das QM auf kreative Fördermöglichkeiten hinweisen. So wird z.B. in Stralsund Material als Leihgabe zur Verfügung gestellt.

Dreh- und Angelpunkt des Engagements für eine erfolgreiche Integration von Migranten und Aussiedler sind die bereitstehenden finanziellen Mitteln. Die notwendige Straßensozialarbeit mit Migranten kann z.B. nur auf feste Stellen durchgeführt werden. Allgemein wurde in der AG angemahnt, dass die Umsteuerung von Finanzen/Ressourcen ämterübergreifend gebündelt werden sollte.

Einberuferin: Gabriele Cvetkovic

3. Erfahrungen mit Integrationsansätzen außerhalb von Institutionen – Zielgruppe männliche, jugendliche Aussiedler/Spätaussiedler

Das vermeintliche Problem der „männlichen, jugendlichen Aussiedler“ gibt es so nicht. Gemeint sind sozial benachteiligte Jugendliche, meist junge Männer, die im Stadtteil auffallen, weil sie sich abends oder nachts im Freien, etwa auf Spielplätzen, treffen, dort Alkohol konsumieren und zum Teil auch randalieren. Viele dieser Jugendlichen stammen aus ländlichen Regionen, wo Gewalt traditionell ein Mittel zur Konfliktlösung ist. Mit der Aussiedlung nach Deutschland haben sich die Werte um sie herum rapide verändert, die Jugendlichen sehen und spüren die Unterschiede zwischen der alten und der neuen Welt in aller Deutlichkeit, sie erleben oft einen Kulturschock. Eine Veränderung mit Auswirkungen auch auf das Verständnis von Familie und Geschlecht ist die veränderte Rollenverteilung in der Familie. Kinder, die Deutsch können, bestimmen z.T. maßgeblich die Geschicke der Familie, während die Väter an Macht verlieren.

Die Arbeit mit den Jugendlichen sollte sehr früh ansetzen, möglichst schon in den Übersiedlerheimen. Dabei ist wichtig, dass die Betreuer/innen die Sprache der Jugendlichen sprechen, sie werden sonst nicht Ernst genommen. Generell ist „Respekt“ ein wichtiger Aspekt des Verhältnisses, den Jugendlichen müssen Grenzen aufgezeigt werden, von den

Betreuer/innen wird verlangt, persönliche Stärke zu zeigen. U. a. deshalb ist es von Vorteil, wenn die Vertrauensperson der Jugendlichen aus deren Kulturkreis kommt, d.h. selbst Aussiedler oder Russland-Deutsche/r ist, dabei ist die Personenkontinuität von entscheidender Bedeutung.

In die Arbeit mit den Jugendlichen sollten auch die Eltern einbezogen werden. Erfahrungsgemäß können die Probleme, die bei den Aussiedlern auftauchen, von den Aussiedlern auch selbst gelöst werden.

Für die jugendlichen Aussiedler sind Räume sehr wichtig, die sie als Treffpunkte nutzen können. Sprachkurse sind natürlich wichtig, und vor allem Sportangebote kommen bei männlichen Jugendlichen sehr gut an.

Als Nachteil hat es sich erwiesen, viele kurzatmige Aktionen mit den Jugendlichen zu starten, die dann wieder im Sande verlaufen. Projekte müssen dauerhaft angelegt sein. Die Arbeit in solchen Projekten kann auch nicht (mehr) nur ehrenamtlich verlaufen, es müssen bezahlte Stellen eingerichtet werden.

Einberufer: Ludger Schmitz

4. Welche Angebote kann man den von den Einrichtungen der Jugendhilfe nicht erreichten Jugendlichen (marokkanischer Herkunft, Aussiedlerjugendlichen) machen?

Jugendliche marokkanischer Herkunft zeigen wenig Akzeptanz gegenüber deutschen Sozialarbeiter/innen. Sie orientieren sich stark an den Wertvorstellungen ihrer Eltern (z.B. Geschlechterverhältnis). Die Jugendlichen realisieren ihre schlechten gesellschaftlichen Chancen und grenzen sich selbst ab (Selbstethnisierung). Ihre Selbstabgrenzungsstrategien sind zum Teil sehr extrem und äußern sich in Gewaltbereitschaft, Drogenmissbrauch, religiösem Extremismus, Nationalismus etc.

Aus den Erfahrungen in Bremen wird deutlich, dass marokkanische Kinder noch gut erreicht werden können. Mit dem Eintritt in die Schulen wird die Situation für die Jugendlichen schwieriger, danach können sie weit schwerer erreicht werden. Sie kommen nicht in die Jugendeinrichtungen und nehmen an Angeboten der Bremer interkulturellen Werkstatt nur teil, wenn sie von den Eltern dazu aufgefordert werden.

Generell sind Mädchen marokkanischer Herkunft fast überhaupt nicht zu erreichen.

Trotz dieser eindeutigen Situation ist es schwierig, die tatsächlichen Gründe für die schlechte Erreichbarkeit der Gruppen zu defi-

nieren. Ausschließlich mit der Herkunft können die anderen „Orientierungen“ der Jugendlichen nicht erklärt werden. Auch die Forschung bestätigt, dass Migranten der zweiten und dritten Generation in der Pubertät vorwiegend die gleichen Konflikte haben wie einheimische Jugendliche (s. z.B. Filsinger).

Einen ersten Lösungsansatz zeigt die relativ erfolgreiche Annahme von Sprachkurse (Arabisch, Russisch, Polnisch) und Sportangeboten, ebenfalls wurden gute Erfahrungen mit Angeboten im IT-Bereich gemacht, z.B. auch Sprachkurse mit Lernsoftware.

Vor allem, um die Mädchen besser zu erreichen, sollten die Jugendeinrichtungen unbedingt die Zusammenarbeit mit den Eltern suchen und Räume für Mädchen zur Verfügung stellen. Dabei ist Bedeutung der Atmosphäre in den Einrichtungen nicht zu unterschätzen, sie sollte weder männlich dominiert noch nur die einheimische Kultur repräsentieren. Sehr wichtig ist auch Anwesenheit von Mitarbeiter/innen aus den Migrantengruppen selbst.

Einberuferin: Susanne Lang

5. Offene Jugendarbeit mit ausgesiedelten Jugendlichen

In dieser Arbeitsgruppe wurden die Rahmenbedingungen der offenen Jugendarbeit mit jugendlichen Aussiedlern anhand eines Projektes in Selbstverwaltung diskutiert.

Ein Problem ist der mangelnde Zugang der Jugendlichen zu solchen Projekten. Dabei stellen sich die Fragen, unter welchen Voraussetzungen offene Jugendarbeit von jugendlichen Aussiedlern angenommen wird, und welche Angebote sie von der offenen Jugendarbeit erwarten, wo ihre spezifischen Bedürfnisse liegen.

In der Diskussion wurden viele offene Fragen aufgeworfen:

- *Zur offenen Jugendarbeit*
Haben die Prinzipien der offenen Jugendarbeit noch Gültigkeit oder müssen mehr Freiräume angeboten werden? Warum wird klassische Jugendhilfe nicht angenommen?
- *Zur Arbeit mit ausgesiedelten Jugendlichen*
Welche Rolle spielt die Herkunftssozialisation bei der Integration in die offene Jugendarbeit? Können durch den Einsatz von Fachkräften mit gleicher ethnischer Herkunft die Probleme reduziert werden? Kann Separation mit dem Ziel der Selbstfindung zur Integration beitragen?
- *Zu Veränderungen der Gesellschaft allgemein*

Inwieweit beeinflusst die Strukturlosigkeit des Alltags das Verhalten der Jugendlichen?

- *Zu den vorhandenen Fördermöglichkeiten*
Welche Perspektiven hat die Zielgruppe im Sozialraum bzw. im E & C Programm?

Anhand dieser und anderer Fragen soll auf dem Hintergrund bisheriger Erfahrungen ein Konzept für einen Jugendtreff für ausgesiedelte Jugendliche erstellt werden.

Einberufer: Hans Peter Friedrichs

6. Wie ist der Zugang zu Spätaussiedlern und Migranten zu erreichen?

Diese Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit dem Problem, wie die verschiedenen Aussiedler- und Migrantengruppen im Quartier zu erreichen sind. Dabei wurden drei Möglichkeiten diskutiert: der Zugang über Schlüsselpersonen aus den Ethnien, über die Lehrer/innen der Kinder, die eventuell die Eltern zu Hause aufsuchen können, und über ein gezieltes Ansprechen auf der Strasse oder Treffpunkten von Migranten. Festgehalten wurde, dass Integrationsarbeit nur über sprachkundige Landsleute funktioniert, die unbedingt in die Arbeit des Quartiersmanagements miteingebunden werden müssen. Meist besitzen nur sie die Kompetenz der Zweisprachigkeit und können vor allem den gleichen Erfahrungshintergrund der Migration mit in die Arbeit einbringen.

Beispiele aus Wolfsburg: In dem Projekt „Wir bauen ein Haus“ werden Erlebnisgeschichten von Spätaussiedler/inne/n aufgearbeitet, veröffentlicht und als Lehrinheit zusammen mit einem Film den Schulen zur Verfügung gestellt.

Ebenfalls wurde in der Stadt eine Fragebogenaktion unter den Spätaussiedlern durchgeführt, die mithilfe von Schlüsselpersonen organisiert worden war. Es wurde zum einen Hintergrundwissen, Vorstellungen, Wünsche und Schwierigkeiten zur Situation von Aussiedlern erfragt, zum anderen Fragen zu Beruf und Ausbildung gestellt, um ggf. Spätaussiedler in Arbeit zu vermitteln. Allerdings kann eine solche Befragung auch Erwartungen wecken, die nicht immer zu befriedigen sind.

Bei der Arbeit im Quartier mit Aussiedlern zeigt sich, dass diese nicht als Randgruppe einzustufen sind. Entscheidend für eine erfolgreiche Integration sind jedoch Sprachkurse und die Vermittlung einer Arbeit (systemische Integration). Bei manchen Aussiedler/inne/n ist es schwer Zugang zu finden, sie haben sich auf eine „Warte-Position“ zurückgezogen und zeigen kaum Selbstinitiative. Hier ist es wichtig,

das Selbstbewusstsein der Aussiedler zu heben und sie für die Teilnahme am Leben in Deutschland zu motivieren.

Bei den jugendlichen Spätaussiedlern besteht eine hohe Bildungsmotivation, wie sie bei deutschen Jugendlichen kaum zu finden ist. Daran können Fördermaßnahmen anknüpfen. In der Schule und der Freizeit ist der Alkoholenuss unter den deutschen Jugendlichen allerdings ein Problem für das Zusammenkommen mit jugendlichen Spätaussiedlern.

Die Vermittlung von Hintergrundwissen über die Kultur, die Situation und Probleme der Aussiedler bleibt eine vorrangige Aufgabe des Quartiersmanagements. Längerfristig stellt sich die Frage, was mit den Aussiedler/innen geschehen wird, die keine Arbeit bekommen. Wie steht es mit Qualifizierungsprogrammen für Spätaussiedler?

Einberuferin: Ulla Schuleri-Hartje

7. Stigmatisierung als sozialer Brennpunkt versus positive Identität eines Stadtteils

Das Problem, mit dem sich diese Arbeitsgruppe beschäftigte, wurde folgendermaßen auf den Punkt gebracht: Deutsche, egal aus welcher sozialen Schicht, wollen nicht, dass ihr Stadtteil als sozialer Brennpunkt bezeichnet wird, bzw. in Programme für soziale Brennpunkte aufgenommen wird.

Dahinter steht oft eine Abgrenzung gegenüber Migranten, die für die soziale Deklassierung des eigenen Stadtteils verantwortlich gemacht werden. Dabei sind die Probleme solcher Stadtteile oft sozialer Natur, es geht nur selten um Konflikte zwischen ethnisch unterschiedlichen Bewohnergruppen. Dennoch werden die realen sozialen Konflikte oft „ethnisiert“, bzw. die Migranten als Sündenböcke stigmatisiert. Dass Stadtteile mit hohem Migrantenanteil nicht automatisch zu sozialen Brennpunkten werden müssen, zeigen die Beispiele von Stadtteilen, die trotz und wegen ihres hohen Migrantenanteils positiv gewertet werden, wenn dort das soziale Gleichgewicht funktioniert und ein „ordentliches“ Erscheinungsbild vorherrscht.

Demgegenüber ziehen sich Migranten – meist aus dem islamischen Kulturkreis – oft auch selbst in ethnische Nischen („Ghettos“) zurück. Auch bei der zweiten Migrantengeneration führen Rassismuserfahrungen und das Gefühl, in Deutschland „keine Chance“ zu haben, ebenfalls zum Rückzug in die ethnische Nische. In der Arbeitsgruppe wurde betont, dass ein solcher Rückzug, der sich z.B. in einer ver-

stärkte Rückbesinnung auf den Islam zeigen kann, nicht von vornherein negativ zu werten ist, sondern als persönliche Entscheidung zu akzeptieren. Der Begriff des „positiven Ghettos“ wurde aufgegriffen, in dem die Migranten eigene Migrantenkulturen entwickeln und leben können. Dabei wurde die sprachliche Ausgrenzung als wichtigster Nachteil einer solchen „Ghettoisierung“ gesehen und darauf hingewiesen, dass vor allem gemeinsame Kinder- und Jugendeinrichtungen die sprachliche Integration der Migranten fördern.

Für das Quartiersmanagement stellt sich als *Hauptaufgabe* die Vermittlung der Thematik über eine positive Definition der Stadtteil-Förderung gegen das Stigma des „sozialen Brennpunkts“: Bei den Bewohner/innen des Quartiers – Deutsche und Migranten – soll das Selbstbild als sozial Benachteiligten abgebaut werden, die Förderprogramme für den Stadtteil sollen als Chance, als einmalige Gelegenheit für Engagement gesehen werden.

Dazu ist eine gemeinsame Wahrnehmung des Quartiers, seiner Stärken und Schwächen, von zentraler Bedeutung. Darüber hinaus ist die Schaffung einer Gegenöffentlichkeit wichtig, sowohl, was die Ursachen der Probleme des Stadtteils betrifft, als auch gegen die Vorurteile über Migranten im Quartier („Trommeln gegen Klischeés“). Längerfristig hat das Quartiersmanagement die Aufgabe, Veränderungen ständig sichtbar und bewusst zu machen (z.B. durch Führungen, Ausstellungen, Konferenzen etc.)

Generell zeigt sich, dass bei der Implementierung von Förderprogrammen das *Wie* genauso wichtig ist wie das *Was*.

So ist eine soziale Durchmischung von Wohnblocks zwar generell wünschenswert, aber eine Dominanz von Mittelschichtmietern kann auch zu Konflikten führen, wenn diese z.B. keinen Spielplatz im bisher ruhigen Innenhof dulden. Aber auch in den Gruppen, die sich für das Quartier engagieren, macht es die sprachliche und kulturelle Dominanz von Mitarbeiter/innen aus der Mittelschicht schwer, andere im gleichen Maße zu beteiligen. Klassenunterschiede führen immer wieder zu Konflikten. Die Quartiersmanager/innen treten hier wie auch bei Konflikten zwischen Deutschen und Migranten als Moderatoren auf. Dabei müssen die Quartiersmanager/innen zwar um die soziale und ethnische Benachteiligung von Arbeiterschichten und Migranten wissen, eine ständige, öffentliche Thematisierung des übergeordneten Problems provoziert jedoch oft mehr Konflikte, als dass es sie löst.

In der Arbeitsgruppe wurde betont, dass ethnische Konflikte nur ein kleiner Teilaspekt der Moderatoren-Tätigkeit des Quartiersmanage-

ments ist. Es muss ständig zwischen den ganz unterschiedliche Interessenlagen der Bewohner/innen vermittelt werden. Dabei hat es sich bewährt, sich bei Fördermaßnahmen auf Bereiche zu konzentrieren, in denen gleiche Interessen vorherrschen, wie z.B. die Beseitigung von Müll-Problemen oder gewünschte bauliche Veränderungen.

Die *Möglichkeiten* des Quartiersmanagements liegen vor allem darin, die Stärken des Quartiers aufzuzeigen und konsequent auszubauen.

Ein Beispiel für erfolgreiche Förderung sind Begrünungsprogramme für Fassaden- und Innenhöfe, die auch für die Eigentümer interessant sind. Generell gilt, dass zeitlich und räumlich überschaubare Förderungsmaßnahmen „vor der Haustür“ der Bewohner/innen am erfolgreichsten sind.

Dabei ist die Einbindung von Schlüsselfiguren (Unikaten, Berater oder Mittler aus diversen Communities) hilfreich und wichtig als „Draht“ zu den Wünschen und Bedürfnissen der Bewohner/innen.

Um der Stigmatisierung des Stadtteils entgegenzuwirken, haben sich Projekte im kulturellen Bereich als besonders vorteilhaft und durchführbar erwiesen. Der kulturelle Bereich scheint der „kleinste gemeinsame Nenner“ zu sein, für den sich viele Bewohner/innen zum Engagement bewegen lassen. Der Fokus von kulturellen Projekten liegt nicht auf den sozialen Problemen des Quartiers, sondern auf seiner Vielfalt und seinen Möglichkeiten.

In kulturellen Projekte, z.B. Fotoausstellungen, oder die im Beitrag Günheid/Kissling beschriebenen Licht-Projekte in Wolfsburg-Westhagen, werden die Menschen des Quartiers und deren Besonderheit vorgestellt. Durch Jugendprojekte wie Zirkus, Breakdance-Veranstaltungen etc. werden sonst schwer erreichbare Eltern angesprochen. Gemeinsame Erkundigungen der Geschichte des Stadtteils fördern eine gemeinsame, regionale Identität.

Einberuferin: Susanne Lang

8. Förderung der Herkunftskulturen – Ja oder Nein?

Ein wichtiger Aspekt der Integration von Migranten ist die Stärkung ihrer eigenen kulturellen Identität, mit der sie das kulturelle und soziale Leben in Deutschland bereichern. In diesem Zusammenhang wird z.B. gefordert, dass in Schulen zweisprachiger Unterricht in deutsch und in der Muttersprache der Migranten angeboten wird. Generell ist das Ziel solcher Anstrengungen eine Verbesserung des Bil-

des der Herkunftskulturen bei der deutschen Bevölkerung; die verschiedenen Migrantenkulturen werden als Bereicherung und Chance, und nicht als Hemmnis für die Integration aufgefasst (Akzeptanz vs. Assimilation)

Die Frage der Förderung der Herkunftskulturen von Migranten wurde sehr kontrovers diskutiert. Dabei wurden allgemein folgende Positionen vertreten:

1. Die Förderung nicht-deutscher Muttersprachen ist wünschenswert, für einen erfolgreichen Integrationsprozess ist jedoch die Förderung von Deutschkenntnisse wesentlich wichtiger.

2. Speziell bei Jugendlichen ist die Herkunftskultur oft schon so hybrid, dass eine künstliche (staatliche) Förderung kaum zur Stärkung der Identität taugt.

3. Die deutsche Bevölkerung hat oft kein Interesse an der türkischen, arabischen, polnischen und russischen Kultur der im Quartier lebenden Migranten und Aussiedler. Dieses Interesse lässt sich auch durch eine gezielte Förderung nicht künstlich schaffen.

Trotz der generell skeptischen Haltung in der Arbeitsgruppe wird empfohlen, immer lokal und für jede Migrantengruppe individuell zu prüfen, ob eine Förderung der Herkunftskultur nicht trotzdem sinnvoll ist.

Einberufer: Reinhard Fischer

9. Sprachförderung

Diese Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit den Möglichkeiten, die Sprachförderung für Kinder und Eltern aus Migrantenfamilien zu verbessern. Ein dringliches Anliegen ist dabei, die Eltern, bzw. die Mütter zu erreichen. Als Lösungsansätze wurde begrüßt, dass inzwischen in mehreren Städten stadtteilorientiert und vernetzt mit Trägern der vorschulischen, schulischen und außerschulischen Bildung zusammengearbeitet wird. Es werden zudem Unterrichtsformen und Methoden angeboten, die auf die Bedürfnisse der Migranten zugeschnitten sind, z.B. Eltern-Kindgruppen, Müttercafés, Nachmittagsbetreuung in Schulen mit integrierter Elternarbeit. Im Unterricht wird schwerpunktmäßig auf die Vermittlung von im Alltag verwendbaren Sprach- und Kommunikationsinhalten (z.B. beim Umgang mit Behörden) geachtet. Ein Ziel ist es, die Teilnehmer/innen – insbesondere Frauen, die sich aus religiösen Gründen nur im privaten Raum aufhalten – zu einer kontinuierlichen Teilnahme an den Sprachkursen zu bewegen.

Generell zeigt sich, dass bei der Sprachförderung in Kitas und Schule nicht auf eine/n mut-

tersprachliche/n Betreuer/in und bilingualen Unterricht verzichtet werden kann. Pädagogen sollten – z.B. in Fortbildungen über „Soziale Stadt“ – dementsprechend weitergebildet werden. Ebenso ist eine Angebotsweiterung nötig, da die Volkshochschulen keine ausreichenden Kapazitäten zur Verfügung stellen können und selten in den Stadtteilen direkt vor Ort sind. Dem können Sprachwerkstätten im Stadtteil abhelfen, generell eine Vernetzung der verschiedenen Angeboten zur Sprachförderung im Quartier. Alle diese Angebote sind durch eine dauerhafte Finanzierung sicherzustellen.

Organisatorische Hemmnisse bei der Einrichtung und Durchführung von Sprachkursen bei den Volkshochschulen und anderen Erwachsenenbildungsträgern sind ein weiteres Problem der Sprachförderung. Hier sind flexible Regelungen bei den Gebühren, den Teilnehmerzahlen und im Anmeldeverfahren nötig.

In der Arbeitsgruppe wurde besonders die Frage des Pflicht- oder Zwangsbesuchs der Sprachförderung diskutiert. Daran an schließt sich die Frage, ob Kinder aus Migrantenfamilien zum Kita-/Kindergartenbesuch verpflichtet werden sollen (können). Häufig ergibt sich der Kitabesuch der Kleinkinder von selbst, wenn die Eltern Sprachkurse oder schul- und berufsbegleitende Kurse mit paralleler Kinderbetreuung besuchen.

Vor allem, was Frauen aus islamischen Familien betrifft, wird die staatlich geforderte Sprachförderung kontrovers entweder als kulturell/religiös-assimilierendes Zwangsinstrument oder als Freiraum und Chance für ausländische Frauen diskutiert. Ein verpflichtender Besuch an Sprachkursen kann die Integrationschancen und beruflichen Möglichkeiten der Teilnehmerinnen sehr verbessern. Bisherige, praktische Erfahrungen aus der Stadtteilarbeit zeigen, dass ohne sprachliche Kompetenz islamische Frauen oft von ihren Familien an einer weitergehenden gesellschaftlichen Teilnahme gehindert und auf die traditionelle Frauenrolle eingeschränkt werden. In einer solchen Situation erhalten auch die Kinder keine optimale Sprachförderung, was sich in dem Phänomen der neuen Halbsprachlichkeit äußert, wo die Kinder weder Deutsch noch ihre Heimatsprache beherrschen.

Ein Lösungsansatz kann in der Information der Familien über die Bedeutung der Bildungschancen für ihre Frauen und Kinder, dabei besonders für die Töchter, liegen. Insgesamt erweist sich dieses Vorgehen jedoch als schwierig, hier sind nur begrenzte Erfolge zu erwarten.

Einberufer/in: Michaela Glaser, Michael Mentz

10. Spezielle Anforderungen an Wohnen und Wohnumfeld

In dieser Arbeitsgruppe ging es um Probleme und Lösungsansätze, die speziell mit dem Wohnen und Wohnumfeld im Quartier zu tun haben.

Die Runde stellte allgemein fest, dass seitens der deutschen Bewohner/innen eine latente Ausländerfeindlichkeit zu beobachten ist, die sich auch und besonders im unterschiedlichen Wohnverhalten ausdrückt. Die Deutschen beschwerten sich, dass ausländische Jugendliche die Spielplätze belegten und erwachsene Migranten oft durch Picknick im Freien, Wäsche vor den Fenstern u.ä. das Stadtbild negativ dominierten. Die Migranten, auch die aus westlichen Kulturen, wundern sich dagegen über deutsche Sitten wie die z.B. individuelle Hausflurreinigung. Ebenfalls ist in vielen anderen Kulturen die Nutzung der ans Wohnhaus angrenzenden Fläche als Mietergärten, 'Grabeland' und für die Freizeit üblich. Festgehalten wurde, dass für eine bessere Kommunikation die Kenntnis der deutschen Sprache eine wesentliche Voraussetzung ist.

Strukturelle Probleme treten dort auf, wo ehemalige Sanierungsgebiete zu Nachbesserungsgebieten werden, weil z.B. die Gestaltung des Umfeldes wie Fußwegeverbindung nicht am Bedarf des Quartiers orientiert war. Grundsätzlich führen die eher billigen Mieten in „sozialen Brennpunkten“ zu einem hohen Belegungsanteil der Wohnungen mit Sozialhilfempfangern und Migranten. Dabei werden oft zu kleine Wohnungen angemietet, die dann überbelegt sind (ausländische Mieter/innen leben im Durchschnitt auf 17 qm/Pers.; deutsche Mieter/innen auf 42 qm/Pers.), was Konflikte mit dem deutschen Wohnverhalten mit sich bringt. Allerdings können sich sozial benachteiligte Migranten größere Wohnungen wegen der hohen Mieten nicht leisten.

Bei der Partizipation von Jugendlichen wurden die nach Geschlecht unterschiedlichen Bedürfnisse herausgestrichen: Mädchen wünschen sich 'ein Zimmer für sich allein', Jungen einen Treffpunkt z.B. mit Billard und Sport- und Bodybuildingangeboten. Insgesamt fehlen Sport- und Freizeitangebote (z.B. Mädchenbolzplatz zum Volleyballspiel u.ä.) sowie Treffpunkte für Mädchen.

Ein Lösungsansatz für die aufgeführten Probleme bietet ein Belegungsmanagement bei der Vermietung der Wohnung. Darin müssen die Bewohner/innen mit einbezogen werden. Dasselbe gilt bei der Wohn- und Wohnumfeldgestaltung. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass sich bei freier Entscheidung der Mieter/innen homogene Bewohnergruppen bilden,

wobei die Kategorien Einkommen, Bildung und Ethnie unterschiedlich Berücksichtigung finden.

Mieterkonflikte können durch Maßnahmen wie die Einstellung eines/r Hausmeister/in/s oder Sozialarbeiter/innen, den Bau von geeigneten Wäscheplätzen und Wasseranschlüssen im Hof, den Einbau von Dunstabzugshauben zur Geruchsminderung u.v.a. reduziert werden.

Im Wohnumfeldbereich sollten hausnahe Spielflächen für Kleinkinder, Grillplätze und Mietergärten angeboten werden, wobei zu überlegen ist, ob die Nutzungsordnung im Rahmen eines Modells variabel gehalten werden können (z.B. Projekt Internationale Gärten, Göttingen).

Jugendlichen sollten Sport- und Freizeitangebote gemacht werden (z.B. „Sport ohne Verein“, „Sportpiraten“, Spielmobil).

Beim Umgang mit der Förderung ausländischer Einrichtungen (z.B. Jugendarbeit in den Moscheen) sollten generell Konzepte mit den üblichen Voraussetzungen vorliegen evtl. auch mit dem Hinweis auf die Bindung an die demokratische Grundordnung.

Wiederholt wurde darauf hingewiesen, dass zur besseren Verständigung im Stadtteil die Förderung des Spracherwerbs und der offene Dialog zwischen den Bewohner/innen die wichtigsten Voraussetzungen sind.

Generell wurde angeregt, die Probleme und die in der Arbeitsgruppe entwickelten Vorschläge in die Stadtteilinstitutionen, WoBau-Gesellschaften, Hauseigentümer, AG Soziale Stadt, Stadtsanierung, deutsch-ausländische Arbeitskreise, u.a. in den Arbeitskreis „Integration von Migranten und Migrantinnen in die Wohn- und Wohnumfeldgestaltung“ (Innenministerium/Städtebauförderung des Landes Schleswig-Holstein), und in die Universitäten und Hochschulen (Fachbereiche Architektur, Stadtplanung, Gesundheit/Erziehung, Ökologie) einzubringen.

Einberuferin: Helene L. Luig-Arlt

11. Definition von Sozialräumen

Sozialraum wird von den Städteplaner/innen als „Planungsgröße“ definiert, im Quartier wird der Sozialraum dagegen als nicht planbarer Lebensraum erfahren.

Sozialraum ist also gleichzeitig Lebensraum und Aneignungsraum. Die Bewohner/innen einer Stadt haben viele unterschiedliche Sozialräume, die durch ihr Handeln konstituiert werden. In der Arbeit der Quartiersmanager/innen sind Sozialräume aber administrative Planungsräume (Stadtplanung, statistische Räume), die oft nicht den sozial definierten So-

zialräumen entsprechen.

Eine Aufgabe des Quartiersmanagement ist deshalb die Vermittlung von sozial definierten Sozialräumen gegenüber den administrativen Planer/innen. Wichtig ist dabei die Verständigung auf eine Planungsgröße zwischen Jugendamt, Schulamt, Gesundheitsamt, Sozialamt und Stadtplanungsamt, „damit man weiß, wovon man spricht“. Als Planungsgröße kann z.B. ein Grundschuleinzugsbereich als kleinste gemeinsame Größe dienen.

Einberuferin: Kirstin Fussen

12. „Lernbörse“ für Jugendliche ab

So genannte „Lernbörsen“ sollen das Selbstwertgefühl von Jugendlichen stärken und Verantwortlichkeiten für die eigene Ausbildung und Berufswahl festlegen. Die Lernbörsen bieten Möglichkeiten, Schulabschlüsse nachzuholen und Bildungsrückstände auch bei deutschen Jugendlichen gezielt aufzuarbeiten.

Darüber hinaus kann eine Lernbörse ein Ort sein, wo sich Alt und Jung treffen, an dem kreative Angebote für die Freizeitgestaltung gemacht werden, an dem Jugendliche aus dem Quartier gemeinsam „lernen“.

Interessant und reizvoll für die Jugendlichen ist dabei, dass die Orte, an denen die Lernbörsen stattfinden, frei gewählt werden können, das Angebot also sehr niedrigschwellig ist. In Eigeninitiative wurden solche Plätze hergerichtet, und es sind z.B. Internet- und Jugendcafes, Nähwerkstätten und Fahrradwerkstätten entstanden.

Lernbörsen sind dann am erfolgreichsten, wenn sie mit anderen Institutionen vernetzt arbeiten und ggf. zusammen mit interessierten Jugendlichen weiterführende Bildungsmöglichkeiten organisiert werden können

Ideen für Verbreiterung der Angebote von Lernbörsen sind z.B. Hausaufgabenhilfe, mit Einsatz von neuen Medien. Um die Lernbörse besser im Quartier zu verankern, bieten sich z.B. Patenschaften zwischen verschiedenen Altersgruppen an. Ebenfalls können Akteure aus den Stadtteilen an Elternabenden der Jugendlichen teilnehmen.

Einberuferin: Edeltraud Klubuhn

13. Stellung der Quartiersmanager/-innen (QM)

In der Arbeitsgruppe wurden zuerst die vielen möglichen und sehr unterschiedlichen Realitäten der Quartiersmanager/innen in Deutsch-

land benannt. So kann Quartiersmanagement bedeuten:

- Multifunktionsär mit „Nebenaufgabe QM“
- interkultureller QM (Schwerpunkt: interkulturelle Arbeit),
- Quartiersmanagement im Team – verschiedene Akteure (Balanceakt),
- selbständige QM mit Vertrag vom Stadtplanungsamt (Kompetenz: nicht investiver Bereich),
- angestellte QM bei beauftragter Stadtentwicklungsgesellschaft,
- Selbständige mit definierten/flexiblen Handlungsfeldern und städtischem Pendant
- ABM als Hilfsexekutive von Verwaltung, multiprofessionelles, unabhängiges Team (städtische Gesellschaft).

Wegen der Unterschiedlichkeit der örtlichen Gegebenheiten kann es kein ideales Modell für das QM geben, das für alle gleich gültig ist. Am praktikabelsten erwies sich ein selbständiges Quartiersmanagement, das z.B. bei einem Sanierungsträger angegliedert, mit eindeutigen Aufgaben und einem klaren Kompetenzprofil ausgestattet ist. Dem QM werden vertraglich vereinbarte Zielvorgaben gemacht und es wird aktiv und schon im Vorfeld z.B. an geplanten Bauvorhaben beteiligt. Einzelkämpfertum hat sich in jedem Fall als schädlich für Projekt und Quartier erwiesen. Zu den Rahmenbedingungen gehören, dass die verschiedenen Kompetenzen aller Beteiligten vertraglich geklärt sind, ein Treuhandvertrag abgeschlossen wird und ein Bürgerbeirat als Background im Stadtteil dem QM zur Seite steht.

Dringend empfiehlt die Arbeitsgruppe die Erstellung eines Anforderungsprofils für Quartiersmanager/innen.

Einberuferin: K. Fussan

14. Strategien zur Beteiligung von Bewohner/innen bei Projektentwicklung und -begleitung, Förderung von Eigeninitiativen, Motivation und Engagement

In dieser Arbeitsgruppe wurden die Erfahrungen mit verschiedenen Bürgerbeteiligungs- und Motivationsverfahren diskutiert und gesammelt. Allgemein gab es wenig oder schlechte Erfahrung mit Bürgerbeteiligungsverfahren. Probleme gab es bei der Erreichbarkeit der Bewohner/innen allgemein, ebenso dabei, verschiedene Gruppen zusammenzubringen. Es zeigte sich, dass der Umgang mit Problemen sehr unterschiedlich ist, und tendenziell die eigenen Interessen den Bewohner/innen viel näher stehen als die Interessen

des Gemeinwesens, die von ihnen oft schlecht nachzuvollziehen sind.

Ein weiteres Problem ist der Rückgang der Zahl der Ehrenamtlichen in den Quartieren wegen Überlastung („burn-out“ Syndrom) bzw., weil kein „Nachwuchs“ folgt.

Ebenso blieb die Resonanz bei Migrant/-inn/en gering, obwohl mehrsprachig über die Beteiligungsverfahren informiert wurde. Dabei ist offensichtlich der fehlende Erfolg von Partizipationsverfahren kein ethnisches, sondern ein soziales Problem.

Welche Projekte eignen sich zur Partizipation?

Das Interesse und die Mitarbeit der Bewohner/innen kann nur bei lebensnahen Problemen und Projekten erreicht werden, die sie konkret und direkt betreffen. Deshalb sollten sich Projekte mit Bürgerbeteiligung aus Bedürfnissen und Anregungen von im Quartier entstandenen Kleingruppen entwickeln. Dazu ist eine gezielte Förderung und Zusammenarbeit des Quartiersmanagements mit Bewohnerinitiativen und schon existierenden Bürgerprojekten sinnvoll.

Projekte mit Bürgerbeteiligung müssen entweder kurzfristig angelegt werden, damit Veränderungen im direkten Umfeld der Bewohner/innen schnell sichtbar werden, um zu Aktivitäten anzuregen. Partizipationsangebote müssen niedrigschwellig sein. Bei längerfristigen Projekten ist es ratsam, kleine sichtbare Schritte festzulegen, die jeweils den Bewohner/innen deutlich machen, was erreicht wurde und Erfolge aufzeigt.

„Stil“- Umgang – Atmosphäre

Bei Projekten mit Bürgerpartizipation ist das *Wie* fast so wichtig wie das *Was*. „Klinken putzen“ wird von den Bewohner/innen geschätzt, da sie persönlich angesprochen werden. Die Leute müssen „dort abgeholt, wo sie sind“, d.h. über Themen und Probleme, die sie konkret betreffen, für das Partizipationsverfahren interessiert werden. Dabei ist es wichtig, ein „offenes Ohr“ auch für die persönliche Situation der einzelnen Menschen zu haben. Die Mitarbeiter/innen des Projekts müssen sich um bewohnernahe Sprache bemühen, um überhaupt angenommen zu werden.

Nicht zu unterschätzen ist die Atmosphäre, die auf Besprechungen, Sitzungen, Workshops herrscht. Die Bewohner/innen sollen das Gefühl haben, sie sind willkommen, ihre Erfahrungen und Meinungen werden geschätzt und in das Verfahren mit einbezogen. Dazu gehört auch, dass Formen der Beteiligung, die die Bewohner/innen in Frage stellen, verändert und bedarfsorientiert abgeändert werden.

Zugang zu den verschiedenen Gruppen im

Quartier

Die Ansprache von bestimmten Zielgruppen erfolgt am besten an ihren Treffpunkten (Vereinshäusern, Jugendclubs etc.) und über Multiplikatoren. Zur Ansprache von Migrant/innen sind grundsätzlich bilinguale Mitarbeiter/innen und mehrsprachiges Informationsmaterial notwendig. Moscheen und Migrantenvereine sollen einbezogen werden, Migrant/innen selbst als Multiplikatoren eingesetzt werden.

Eltern können gut über ihre Kinder erreicht werden.

Mund-zu-Mund-Propaganda kann ein Zeichen dafür sein, dass ein Partizipationsprojekt bei den Bewohner/inne/n Anklang findet.

Aufgabe des Quartiersmanagements

Bei Beteiligungsprojekten dient das Stadtteilbüro besser als Sprachrohr der Anwohner, nicht als striktes Quartiers„management“. Es kann ein zentraler Ort für das Projekt sein, von dort aus können Arbeitskreise initiiert werden, Initiativen und Projekte gefördert werden. Das Stadtteilbüro hat oft auch die Rolle des Vermittlers bei Auseinandersetzung mit Konflikten.

Hauptziel des Quartiersmanagements ist die Identitätsförderung des Quartiers selbst, das sich über Nachbarschaft und gemeinsame Geschichte und Interessen, nicht über ethnische und soziale Unterschiede definiert. So kann z.B. Positives aus dem Quartier von den Bewohner/inne/n über Fotos dokumentiert werden.

Das langfristige Ziel des Quartiersmanagements ist dabei immer die eigene Auflösung, es soll sich überflüssig machen durch den Aufbau von eigenen Strukturen durch die Bewohner/innen.

Einberuferinnen: Barbara Kinne, Sibel Orlay-Ünal

Autor/innen

Dr. Hilka Ehlert

Hilka Ehlert, Diplom-Wirtschaftsmathematikerin, Dr. oec.; seit 1997 tätig als Mitarbeiterin und Mit-Geschäftsführerin der urban-consult gemeinnützige Gesellschaft für kommunale Beratung mbH in Berlin – Träger der Jugendhilfe; Schwerpunkt im sozialen und MigrantInnenbereich.

Prof. Dr. phil. Dieter Filsinger

seit 1994 Professor für Sozialarbeitswissenschaft, Soziologie und Sozialpolitik an der Katholischen Hochschule für Soziale Arbeit in Saarbrücken.

Peter Grünheid

Soziologe, Gründungsmitglied und Geschäftsführer von verschiedenen SPACEWALK-Projekten.

Markus Kissling

Regisseur, Schauspieler, Unternehmer; seit 1992 Entwicklung und Umsetzung von Modellprojekten in unterschiedlichen gesellschaftlichen Spannungsfeldern; Gründer und Leiter von „Projekt Einhorn“, Jugend-Kulturprojekt in Sachsen-Anhalt, „Jednorocze“ Kulturprojekt Tschechien-Deutschland, SPACEWALK – Basistraining für Erwerbslose in Zürich, SPACEWALK – Stadtteilmanagement Wolfsburg-Westhagen.

Alexander Reiser

Diplom-Journalist; bis 1996 als Journalist und Buchautor in Wladiwostok, Russland, tätig; seit 1999 Quartiersmanager bei QuartiersAgentur Marzahn NordWest, UrbanPlan GmbH, verantwortlich für den Bereich interkulturelle Arbeit.

Zielgruppenkonferenz der Quartiersmanager:

Soziale Integration junger Migranten, Aussiedler und ihrer Familien in E&C Gebieten

Konferenz

26. und 27. September 2001 in Berlin

Die Gruppe der ausländischen Kinder und Jugendlichen wird in Zukunft einen wachsenden Anteil unserer Gesellschaft stellen. Junge Menschen mit Migrationshintergrund starten in der Regel mit schlechten Chancen in die berufliche und gesellschaftliche Integration. Ihre Möglichkeiten, praktische gesellschaftliche Einbindung und Partizipation schon in der Kinder- und Jugendphase zu erleben, sind stark eingeschränkt. Die zum Teil kleinräumige Verteilung der ausländischen Wohnbevölkerung zeigt eine Konzentration auf bestimmte Stadtteile. Die damit verbundene Herausbildung ethnischer Communities hat nachhaltige Auswirkungen auf die Lebensbedingungen und soziale Integration der in den Quartieren aufwachsenden Kinder, Jugendlichen und ihrer Familien. Ein Aufgabengebiet des Quartiersmanagements ist, die soziale Einbindung junger Migranten, Aussiedler und ihrer Familien im Quartier zu fördern und sie an der Gestaltung des Wohnumfelds zu beteiligen.

Der Schwerpunkt der Veranstaltung liegt auf dem Erfahrungsaustausch der Quartiersmanager/innen über die Lebenslagen der genannten Gruppen. Mit der Open Space Methode, die Raum für Selbstorganisation und Kreativität bietet, können die Teilnehmer/innen als Experten/innen ihr Wissen und ihre Erfahrungen zusammentragen, theoretische Konzepte diskutieren und Lösungsansätze entwickeln. Eigene Themen, Fragen und Ideen sollen eingebracht und bearbeitet werden. Nach einer thematischen Einführung werden die Teilnehmer/innen gemeinsam die Tagesordnung erstellen. Am Donnerstag gibt es darüber hinaus die Möglichkeit, erprobte Modelle der Integration kennenzulernen und zu diskutieren.

Termin:

26. und 27. September 2001

Veranstaltungsort:

Alte Pumpe
Lützowstr. 42
10785 Berlin

Verkehrsverbindung:

U1: Kurfürstenstraße
U2: Nollendorfplatz
Busse: 341, 148, 100, 129

Organisatorische Rückfragen:

Munko • Nelke • Schwartau GbR
Astrid Nelke | Tel: 030. 53 65 58 60



Mittwoch, 26. September 2001

- 12.00** Tagungsbüro/ Garderobe geöffnet
- 12.30 Begrüßung**
Peter Kupferschmid,
BMFSFJ, Referatsleiter
- Hartmut Brocke,
Stiftung SPI, Direktor
- 12.45 Soziale Integration junger Migranten,
Aussiedler und ihrer Familien in E&C
Gebieten**
Prof. Dr. Dieter Filsinger,
Katholische Hochschule für Soziale Arbeit,
Saarbrücken
- Diskussion**
- 13.45** Pause
- 14.00 Vorstellung und Einstieg in die
„Open Space“ Methode**
Bettina Schäfer, Moderatorin
- 14.30 Arbeitsgruppen**
- 17.30 Abschlußrunde**
- 19.00 Abendessen**
Restaurant Leibniz-Klause
Leibnizstr. 46
Berlin-Charlottenburg
- Ende offen

Donnerstag, 27. September 2001

- 9.00** Tagungsbüro/ Garderobe geöffnet
- 9.15 Begrüßung**
Bettina Schäfer, Moderatorin
- 9.30 Arbeitsgruppen**
- Neben den von den Teilnehmer/innen eingebrachten
Themen u. a. die Themen:
- Junge Aussiedler und ihre Familien:
Eigeninitiative und Selbsthilfe als Bestandteil
der Integration in Berlin Marzahn Nordwest**
Alexander Reiser, Quartiersmanager und interkultureller
Vermittler, QuartiersAgentur Marzahn NordWest,
Urban Plan GmbH
Dr. Hilka Ehlert, Geschäftsführerin, Kommunikationsstätte
für junge Aussiedler, urban consult gGmbH
- Ich bin Westhagener und das ist auch gut so:
Was heißt Integration in einem Stadtteil mit
56 Nationen?**
Cornelia Neumann und Peter Grünheid, Space Walk
Stadtteilmanagement, Projekt Westhagen Wolfsburg
- 13.00 Auswertung der Arbeitsgruppen**
- 14.00** Ende

Liste der Teilnehmer/innen

Lfd. Nr.	Name, Vorname	Organisation	Adresse	Tel.	Fax	Mail
1	Balci, Nursel	Projekt Julius B. Gelsenkirchen	Greitenstieg 4 45889 Gelsenkirchen	0209-899266	0209-899268	juliusb@aol.com
2	Brunsch, Nina	Projektgruppe Tenever	Neuwieder Str. 44a 28325 Bremen	0421-425769	0421-428136	projektgruppe-tenever@t-online.de
3	Büchler, Henning	Rostocker Gesellschaft für Stadtentwicklung	Taklerring 41 18109 Rostock	0381-1215300	0381-1215302	s.prill@t-g-5.de
4	Chatterjee, Gudrun	SPI Kontor Quartiersmanagement Kottbusser Tor	Karl-Kunger-Str. 66 12435 Berlin	030-53697612	030-53697612	gudrun.chatterjee@freenet.de
5	Cvetkovic, Gabriela	Interkulturelles Kontaktbüro	Konradstr. 62 4315 Leipzig	0341-6992108	0341-6992109	ik.leipzig@gmx.de
6	Diebler, Peggy	Projekt ABIS Soziale Stadt Leipzig	Koradstraße 62 4315 Leipzig	0341-6992108	0341-6992109	p.diebler@gmx.de
7	Diedrich, Ursula	Quartiersmanagement Projekt Maaßel Bremen	Heisingerborger Str.36 28719 Bremen	0421-6360651	0421-6365920	nh-marssel@t-online.de
8	Dötschel, Manfred	GVV Singen	Julius-Bümler-Str. 78224 Singen	07731-794802	07731-906699	gvv-singen@t-online.de
9	Eickhoff, Antje	Stadtteilbüro Birkenstrasse	Birkenstrasse 54 40233 Düsseldorf	0211-6999639		
10	Fenster, Elke	Moabiter Ratschlag e.V.	Beusselstr. 74 10553 Berlin	030-39081212	030-39081229	elke.fenster@moabiter-ratschlag.de
11	Fischer, Reinhard	Quartiersmanagement Seddiner Strasse	Koloniestr. 129 13359 Berlin	030-49912541	030-49912540	rfischer@list-gmbh.de
12	Franke, Thomas	Difu Berlin	17. Juni 112 10623 Berlin	030-39001107	030-39001269	franke@difu.de
13	Friedrichs, Hans-Peter	Amt für Kinder, Jugend und Familie Bonn	Bottlerplatz 21 53227 Bonn	0228-773165	0228-773125	
14	Funke, Herr	Stadterneuerung Hof	Königstr. 49 95028 Hof	09281-160400	09281-160402	sanierung@stadterneuerung-hof.de

15	Fussan-Freese, Kirstin	Sen SJS V C7 Jugendberufshilfe	Beuthstr. 6-8 10117 Berlin	030-90265534	030-90265026	kirstin.fussan-freese@senjs.verwalt-berlin.de
16	Glaser, Michaela	QM Rollberg-Siedlung	Berlin	030-68086110	030-68086112	
17	Görlach, Claudia	Quartiersmanagement Dresden	Berzdorfer Str. 16 1239 Dresden	0351-2727216	0351-2727218	
18	Grünke, Ramona	UBV e.V.	Kunower Str. 3 16303 Schwedt/Oder	03332-450915		uvb-schwedt@t-online.de
19	Günther, Ludmilla	INTEGRA	Makarenkostr. 13 8066 Zwickau	0375-4600014		
20	Hagedorn, Klaus	Johann-Daniel-Lawaetz-Stiftung Hamburg	Binnenfeldredder 32 21031 Hamburg	040-7301532	040-7398771	LONO@lawaetz.de
21	Hartkop, Eckart	BMFSFJ	Rochusstrasse 8-10 53123 Bonn			eckhart.hartkop@bmfsfj.bund.de
22	Helming, Margrita	Westendtreff Stadtverwaltung	Bahnhofstr. 87 67059 Ludwigshafen	0621-6290186	0621-6290197	margrita.helming@t-online.de
23	Jordan, Irina	Spacewalk	Dessauer Str. 22 38444 Wolfsburg	05361-779559	05361-779560	spacewalk@t-online.de
24	Kahle, Sylvia	Stiftung SPI Quartiersmanagement Kottbusser Tor	Reichenbergerstr. 177 10999 Berlin	030-6123040	030-6122000	spi-qm-kottbusser-tor@t-online.de
25	Kienzler	Förderverein Heimfeld-Nord Hamburg	Friedr.-Naumann-Str.11 21075 Hamburg	040-7676061	040-7676063	stabne.heimfeld@planet-interkom.de
26	Kinne, Barbara	Stadt Hamm	Teichweg 1 59075 Hamm	02381-176630	02381-172954	Kinne@stadt.hamm.de
27	Klahuhn, Edeltraud	EGDV	Reinestr. 2 47166 Duisburg	0203-9942960	0203-9942963	eklahuhn@eg-du.de
28	Lang, Dr. Christoph	Interkulturelles Kontaktbüro	Konradstr. 62 4315 Leipzig	0341-6992108	0341-6992109	ik.leipzig@gmx.de
29	Lang, Susanne	Deutsches Jugendinstitut Leipzig	Stallbaumstraße 9 4155 Leipzig	0341-566540	0341-5665447	susanne.lang@dji.de
30	Luig-Arlt, Helene	Stadtteilmanagement Flensburg	Schulgasse 10 24939 Flensburg	0461-851270	0461-851272	neustadtbuero@flensburg.de

31 Masch, Herr
Quartiersmanagement Tiergarten,
Berlin

32 Megej, Olga
Caritasverband Wetzlar
Goethestrasse 13
35578 Wetzlar
06441-90260 06441-902628 caritasverband-wetzlar@gmx.de

33 Mentz, Michael
Arbeit und Leben DGB
Dannerallee 5
22119 Hamburg
040-65726700 040-65726701 stadtteilmanager@hamburg.arbeitundleben.de

34 Neumann, Cornelia
Spacewalk
Dessauer Str. 22
38444 Wolfsburg
05361-779559 05361-779560 spacewalk@t-online.de

35 Obst, Peggy
Quartiersmanagement Volkmarisdorf
Konradstr. 60a
4315 Leipzig
0341-6883904 0341-6888942 volkmarsdorf@gmx.de

36 Öksuz, Hülya
BA Friedrichshain-Kreuzberg
Reichenbergerstr. 177
10999 Berlin
030-6123040 030-6122000 spi-qm-kottbusser-tor@t-online.de

37 Orlay-Ünal, Sibel
AG SPAS/Quartiersmanagement
Schöneberg Nord
Potsdamer Str. 170b
10783 Berlin
030-23638585 030-23638587 AG-SPAS@t-online.de

38 Plessow
Projektgruppe Tenever
Neuwieder Str. 44a
28325 Bremen
0421-425769 0421-428136 projektgruppe-tenever@t-online.de

39 Poweleit, Joachim
AG SPAS/Quartiersmanagement
Schöneberg Nord
Potsdamer Str. 170b
10783 Berlin
030-23638585 030-23638587 AG-SPAS@t-online.de

40 Prill, Susanne
Rostocker Gesellschaft für
Stadtentwicklung
Taklerring 41
18109 Rostock
0381-1215300 0381-1215302 s.prill@r-g-5.de

41 Sander, Ingrid
Stiftung SPI Quartiersmanagement
Kottbusser Tor
Prinzenallee 74
13357 Berlin
030-49300114 030-49300112 ingrid.sander@stiftung-spi.de

42 Schmidt, Christoph
Stadt Fulda
Postfach 2052
36010 Fulda
0661-1021025 0661-1022025

43 Schmitz, Ludger
STEG Hamburg
Elbgaustr. 118
22547 Hamburg
040-84050247 040-84050249 ludger.schmitz@steg-hh.de

44 Schuleri-Hartje,
Ulla
Difu Berlin
17. Juni 112
10623 Berlin
030-39001234 030-39001269 schuleri-hartje@difu.de

45 Schwarzer,
Thomas
Stadt Bottrop Planungsamt
Luise-Hensel-Str. 1
46236 Bottrop
02041-479284 02041-479285

46 Stickel, Jürgen
Stadtteiltreff Ostend
Danziger Str. 5
86633 Neuburg/Donau
08431-642820 08431-642822 treff@ostend-online.de

47	Trisolini, Gertrud	Quartiersmanagement Kottbusser Tor	Manteuffelstr. 97 10997 Berlin
48	Viets, Renate	Team 2	0421-3967032 0421-3808272 team2-bremen@t-online.de
49	von Woeditke, Frank	Projektentwicklung Oberland	Schwerinstr. 2 28217 Bremen Sachsenstr. 36 2730 Ebersbach 03586-369743 03586-369744 woeditke@freenet.de
50	Wippel, Margarete	Stadtteilwerkstatt Dicker Busch	Hessenring 84a 65428 Rüsselsheim 06142-942210 06142-942250 StadtteilwerkstattDBusch@t-online.de